Einzelpreis 15 Pfg • 2 Jahrgang · Donnerstag, den 19. Juni 1919 · Nummer 284 • Morgen-Ausgabe

„Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2,50 M., bei Zustellung unter Streifband 4,50 M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 50 Proz. Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Regierung vor einer Krise.

Die Stimmung in Weimar.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit".

Weimar, 18. Juni.

Dem Vernehmen nach ist im Kabinett nach der bisherigen Stimmung eine kleine Mehrheit gegen die Unterschreibung des Friedensvertrages. In der Nationalversammlung scheint sich eine kleine Mehrheit für die Unterschrift zu bilden. Die Unabhängige Fraktion wird unter allen Umständen für die Unterschreibung der Bedingungen eintreten. Von den in Weimar anwesenden Rechtssozialisten ist der größte Teil für Unterschreiben. Bei den Demokraten ist der kleinere Teil unter Führung des Freiherrn von Richthofen für die Unterschrift, der größere Teil mit Einschluß der drei demokratischen Minister gegen das Unterschreiben. Auch das Zentrum ist schwankend. Erzberger behauptet, daß er die Mehrheit der Fraktion für die Unterschreibung des Friedensvertrages hinter sich habe, der rechte Flügel des Zentrums unter Führung von Spahn ist gegen die Unterschrift. Von den Rechtsparteien ist der allergrößte Teil für Verweigerung der Unterschrift. Zu einem abschließenden Entschluß ist bisher noch keine Fraktion gekommen.

Die sechs Friedensdelegierten sind geschlossen für die Verweigerung der Unterschrift. Sollte die Nationalversammlung entscheiden, daß die Bedingungen unterschrieben werden sollen, dann würde eine neue Delegation nach Versailles entsandt werden müssen. Eine Kabinettskrise ist sowohl für den Fall der Unterzeichnung als für den Fall der Ablehnung sicher. Mit dem Rücktritt des Grafen Brockdorff-Rantzau und Scheidemanns sind bereits gerechnet. Eine definitive Entscheidung ist frühestens Donnerstag abend, wahrscheinlich erst Freitag vormittag zu erwarten. Das Plenum der Nationalversammlung dürfte Freitag nachmittag oder Sonnabend vormittag zusammentreten.

Keine Uebertreibungen!

Eigener Drahtbericht der „Freiheit".

Weimar, 18. Juni.

Die von der Regierung verbreiteten Meldungen über die Angriffe einer Volksmenge auf die deutsche Friedensdelegation bei ihrer Abreise von Versailles sind außerordentlich übertrieben. So hat Dr. Meyer überhaupt keine Verletzung erhalten, Herr Melchior erlitt durch einen Steinwurf eine unbedeutende Schramme am Arm, die andern Personen sind bis auf die Sekretärin Giesberts ganz unverletzt geblieben. Unwahr ist, wie gemeldet wurde, daß die Sekretärin Giesberts blutüberströmt in den Wagen getragen werden mußte. Sie hat nur eine geringfügige Verletzung hinter dem Ohr erhalten, alles andere ist Uebertreibung.

Die Friedensdelegation in Weimar.

Weimar, 18. Juni.

Die Friedensdelegation ist heute morgen um 6 Uhr mit mehrstündiger Verspätung eingetroffen. Seit 10 Uhr vormittags findet eine Kabinettssitzung statt.

Unterzeichnung und Weltrevolution.

Cachin über die Folgen der Unterzeichnung.

In der „Humanité" vom 16. Juni spricht Marcel Cachin über die voraussichtlichen Folgen, welche die Unterschrift des Friedensvertrages in Deutschland und in Frankreich zeitigen wird.

„Wird man," so fragt er, „jenseits des Rheins sich endlich dieser elenden Regierung Scheidemann-Noske entledigen? Wird man dort zu einer wirklichen, gleichzeitig politischen und sozialen Revolution kommen, einer Revolution, für welche die Ereignisse des Novembers 1918 nur eine Einleitung bedeuteten? Werden wir es erleben, daß die Unabhängigen die Regierung übernehmen, die bereits jetzt jeden Tag an Einfluß gewinnen? Man versteht wohl, daß eine derartige Aenderung des heutigen Deutschland den bedeutsamsten Einfluß auf die internationalen Beziehungen zwischen den Völkern Europas haben müßte.

Allerdings müßte Deutschland trotzdem die Schäden, die es Belgien und Nordfrankreich im Kriege zugefügt hat, wieder gutmachen. Aber wenn Deutschland erst eine wirklich sozialistische Arbeiterrepublik geworden ist, in der die letzten Reste des Militarismus, des Kapitalismus und des Alldeutschtums verschwunden sind, werden Probleme wie z. B. das der völligen Entwaffnung (um nur hiervon zu sprechen) sich ganz anders als bisher darstellen, und man kann noch gar nicht alle Folgen einer solchen Umwälzung in Deutschland erkennen.

Zahlreiche Anzeichen weisen mit Sicherheit darauf hin, daß auch in Frankreich nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages eine Aenderung in der politischen Orientierung sich ergeben wird. Das französische einsichtige Bürgertum erkennt, daß unser Kampfministerium zu einer Gefahr wird.

Die französischen Sozialisten können feststellen, daß diese Ansicht sich mit gewaltiger Schnelligkeit in allen Kreisen verbreitet. Sie sehen in voller Ruhe zu, wie die Popularität Clemenceaus, der nur noch die Herren der „Action francaise" zu Verteidigern hat, immer mehr schwindet.

Ohne Zweifel wird der Nachfolger des „Tigers" sich bemühen, durch eine geschicktere Haltung die auf die Spitze getriebene Situation vorübergehend zu entspannen. Doch die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse, welche eine Folge des Krieges sind, sind viel zu revolutionäre, als daß allein neue Männer der Regierung genügten, um zu einer Lösung zu kommen."

Cachin schließt: „Die in Kürze erfolgende Unterschrift des Friedensvertrages wird der europäischen Krise und der Krise in der ganzen Welt keine Entspannung bringen. Keiner vermag heute die durch den Krieg beschleunigte Entwicklung aufzuhalten, welche über alle ministeriellen Pläne hinweg in kurzem zum internationalen Sozialismus führen wird."

Wir erkennen mit Freude die völlige Uebereinstimmung der Ansicht des führenden französischen Sozialisten Cachin und unserer eigenen Ansicht über die Folgen der Unterzeichnung der Friedensbedingungen. Zunächst muß aber unterzeichnet werden, dann werden die dröhnenden Schritte der Arbeiterbataillone aller Länder den Vertrag zerstampfen, und werden die wahre Internationale errichten.

Fortdauer des Generalstreiks der französischen Bergarbeiter.

Der Senat nimmt die Vorlage über den Achtstundentag an.

Versailles, 18. Juni.

Der Senat nahm gestern die Vorlage über die Einführung des Achtstundentages in den Bergwerken mit einer Abänderung an, welche den Wünschen der Bergarbeiter entgegenkommt. Der neuen Fassung zufolge wird kein Arbeiter länger als acht Stunden täglich im Bergwerk beschäftigt sein. Die Vorlage wurde schließlich an die Kammer zu neuer Lesung zurückverwiesen.

Wie „Humanité" meldet, haben der administrative Ausschuß der Confédération Générale du Travail und das Kartell der Arbeitergewerkschaften gestern abend beschlossen, die Bergleute in ihrer Streikbewegung zu unterstützen, sobald die streikenden Bergleute einen diesbezüglichen Antrag bei der Confederation oder bei dem Kartell stellen werden. Die Streiklage ist im ganzen heute unverändert. Vermittlungsversuche blieben bisher ergebnislos.

Straßenkampf in Zürich.

Die militärischen Schleppenträger des Kapitalismus fordern in allen Ländern in gleicher Weise ihre Blutopfer aus der arbeitenden Bevölkerung. So berichten Schweizer Blätter über abscheuliche Vorgänge in Zürich, bei denen die Kantonssoldaten aus sicherer Deckung in unbewaffnet demonstrierende Arbeitermassen hineinschossen.

Am Abend des 13. Juni fand in Zürich unter ungeheurer Beteiligung der Arbeiter eine Gedenkfeier für Rosa Luxemburg und eine internationale Solidaritätskundgebung statt. Nach ihrer Beendigung zogen die Arbeiter vor das Bezirksgebäude und verlangten die Freilassung ihres völlig unrechtmäßig festgenommenen Genossen Wyß. Da dem Wunsche der Massen nicht entsprochen wurde, suchten die Arbeiter das Tor des Gebäudes mit Gewalt aufzubrechen. Darauf schossen die in dem Gebäude völlig verdeckten Kantonssoldaten blindlings in die Menge hinein, wodurch drei Arbeiter getötet, sechs schwer und elf leicht verwundet wurden.

Es geht nicht anders.

Die Stimmen mehren sich, die endlich aussprechen, daß wir keine Wahl mehr haben, daß wir uns dem harten Zwang fügen und die Friedensbedingungen annehmen müssen.

Was wir immer wieder ausgeführt haben, was die Erklärung unserer Parteileitung ausspricht, daß die Folgen der Nichtunterzeichnung unerträglich wären, ohne doch an dem endgültigen Resultat etwas ändern zu können, das wird heute von vielen Seiten zugestanden.

Die reaktionären nationalistischen Parteien allerdings schreien fort. Die Entfachung des wildesten Nationalismus, die Aussicht auf die Militärdiktatur sind ja das einzige, worauf sie noch hoffen können, um wenigstens in einem Teil des zerstückelten Deutschlands die Macht wieder an sich zu reißen. Interessierte Kapitalistenkreise mögen noch für die Nichtunterzeichnung eintreten, weil sie meinen, daß sie unter dem Schutz der Ententebesatzung vor der sozialistischen Bedrohung gesichert sind. Eine Anzahl von unpolitischen Schwarmgeistern oder Illusionisten mögen für die Nichtunterzeichnung eintreten in der Hoffnung auf das doppelte Wunder, daß das deutsche Volk die allerschlimmsten Erschütterungen ertragen oder der Sturz der Ententeregierung in so kurzer Zeit erfolgen werde, daß die katastrophalen Wirkungen noch überwunden werden.

Im übrigen aber scheint die Erkenntnis denn doch zu wachsen, daß die selbstmörderische Politik, die dem deutschen Volke empfohlen wird, eine absolute Unmöglichkeit ist. Selbst in rechtssozialistischen Kreisen beginnt man zuzugestehen, daß sachlich der Standpunkt der Unabhängigen Sozialdemokratie seine Berechtigung hat. In einem Leitartikel erklärt der „Vorwärts" entgegen der Haltung Stampfers, nachdem er für eine Volksabstimmung eingetreten ist:

Falls die Entente das Begehren, die Friedensentscheidung durch das deutsche Volk selbst fällen zu lassen, ablehnt und mit Gewalt die sofortige Entscheidung der Regierung verlangt, so kann es in Anbetracht der großen Gefahren, die unser Volk bedrohen, der schweren Gesundheitsschädigungen, die daraus für Millionen folgen müßten, der ungeheuren Kräftezerstörung, die dadurch ausgewirkt würde, nur die sein, den Frieden zu unterzeichnen.

Wenn aber der „Vorwärts" meint, durch eine Volksabstimmung die Regierung und die Nationalversammlung von der Verantwortung entlasten zu können, so irrt er. Die Regierung, die bisher die auswärtige Politik geführt hat, die bisher sich als die allein berechtigte Vertreterin des deutschen Volkes erklärt hat, die muß jetzt auch die politische Verantwortung tragen. Die Volksabstimmung ist nicht durchführbar, dazu ist die Zeit zu kurz. Wochenlang ist das deutsche Volk mit allen Mitteln des amtlichen Apparats und dem der Parteien für das „Unannehmbar" bearbeitet worden, wochenlang wurde jede andere Stimme als Verrat bezeichnet. Es bedürfte längerer Zeit freiester und unbeeinflußter Agitation, um die nötige Aufklärung zu ermöglichen und die wirkliche Volksmeinung festzustellen. Es ist sicher, daß die Entente, die so oder so eine Entscheidung verlangen muß, diese Frist, in der sie nur ein Mittel der Verschleppung sehen würde, nicht zugestehen wird. Das scheint so der „Vorwärts" selbst zu erwarten, und er ist endlich vernünftig genug, um dann die Notwendigkeit des Unterschreibens zuzugestehen.

Die Volksabstimmung wäre zudem gerade in dieser Frage und bei der kurzen Zeit, die zur Verfügung steht, eine gewisse Gefahr. Gesetzt, der Friede wird verworfen. Wie lange ist dann die deutsche Regierung an diesen Beschluß gebunden? Wenn die Wirkungen des Nichtunterschreibens sich erfüllen, wenn unter dem Zwang des Hungers und der Arbeitslosigkeit die Volksstimmung sich ändert, wenn vielleicht in kürzester Frist Beschlüsse gefaßt und Entscheidungen gefällt werden müßten, wären diese dann nicht ungeheuer erschwert, indem sie gegen einen Beschluß des gesamten Volkes ausgeführt werden müßten? Oder glaubt man, dann noch Zeit oder auch nur die Möglichkeit zu haben zu einer neuen Volksabstimmung?

Und der andere Fall? Das deutsche Volk nimmt diesen Frieden an. Wir sind für das Unterschreiben, weil wir dem Zwang nicht entrinnen können, aber wir lassen keinen Zweifel darüber, daß wir unsern Protest gegen alle Bestim-

mungen aufrechterhalten, die gegen das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes verstoßen, oder die, die über die Wiedergutmachung hinausgehen, zu der das deutsche Volk im Ausmaß des angerichteten Schadens verpflichtet ist. Bei der Volksabstimmung kann aber nur über Ja oder Nein abgestimmt werden. Und so wäre die Annahme eine Bekräftigung dieses Friedens, die über das notwendige Maß hinausgehen würde. Deshalb ist der Weg der Volksabstimmung nicht gangbar und deshalb muß die Regierung selbst die Verantwortung übernehmen, diese Regierung oder, wenn sie dazu zu morsch und zu feig ist, eine andere. Aber der Versuch, diese Verantwortung abzuwälzen, soll erst gar nicht unternommen werden, dazu ist die Situation zu ernst und die Entscheidung zu drängend.

Die Rechtssozialisten haben ja auch noch ein anderes Mittel gefunden, um ihre Verantwortung zu verkleinern. Wir haben von Anfang an erwartet, daß die Haltung, die wir in der Friedensfrage einnehmen mußten, für diese gerissenen Taktiker der Vorwand sein werde, den Leuten einzureden, diese Haltung sei daran schuld, daß die Entente nicht noch größere Zugeständnisse gemacht habe. Diese Erwartung erfüllt sich jetzt, hat uns aber nicht abhalten können, das zu tun, war wir als unsere Pflicht erkannt hatten.

Wir müssen da ein- für allemal erklären, daß für uns die Unterstützung einer Politik des Bluffens und Schlaumeierns überhaupt nicht in Betracht kommt. Wir halten es für sozialistische Pflicht, auch in den Beziehungen zum Ausland eine Politik der vollen Offenheit und Wahrheit zu treiben. Wir halten diese Politik nicht nur für die einzig sittlich berechtigte, sondern auch für die, die auf die Dauer die einzig kluge ist. Und wir sind überzeugt, wäre diese Politik seit der Revolution auch von der Regierung befolgt worden, so wären ihre Ergebnisse besser gewesen.

Wir müssen weiter feststellen, daß wir zu der scharfen Betonung unseres Standpunktes dadurch gezwungen waren, daß von der Regierung und den ihr nahestehenden Parteien die Festlegung des deutschen Volkes auf ihre Verzweiflungspolitik mit allen Mitteln versucht worden war. Hätten wir anders gehandelt, hätten wir die Entfachung des Nationalismus ruhig fortgehen lassen, so gäbe es heute überhaupt nicht mehr die Möglichkeit, uns vor der Katastrophe zu retten.

Wir übernehmen für unsere Haltung nicht nur voll und ganz die Verantwortung vor dem deutschen Volke, sondern wir sind der Ueberzeugung, daß, wenn dem deutschen Volke die furchtbare Katastrophe erspart bleibt, wenn die Wahnsinnspolitik vereitelt werden kann, die noch heute von rechtssozialistischen Führern vertreten wird, das allerdings vor allem ein Verdienst der klaren, unerschrockenen und unbeugsamen Haltung unserer Partei sein wird.

Deshalb mögen die Rechtssozialisten ganz nach den Methoden des alten Regimes gegen uns ihre nationalistischen Hetzereien versuchen. An der Einsicht der deutschen Arbeiter werden alle diese Versuche scheitern. Sie werden erkennen, daß wir unsere Pflicht getan haben in dieser schweren Krise, wie wir sie während des Krieges erfüllt haben.

Die Bedingungen der Entente.

Zugeständnisse in einigen Fragen.

Weimar, 18. Juni.

Ueber die

Grundzüge der gegnerischen Antwort

wird folgendes berichtet:

An dem Völkerbundstatut wird nichts geändert. Deutschland soll vor seiner Aufnahme in den Völkerbund erst eine Art Probezeit durchmachen, und wenn es seine Vertragstreue bewähre und Gewähr für sein Wohlverhalten gebe, soll nichts mehr im Wege stehen, daß es in nicht allzu ferner Zeit in den Völkerbund aufgenommen wird.

In bezug auf die teritorialen Fragen wird nichts geändert an den Bestimmungen für Belgien, Luxemburg, das Saargebiet, Elsaß-Lothringen und Deutschösterreich. Für das Saargebiet war schon vorher in dem Notenwechsel die finanzielle Bestimmung über den Rückkauf der Minen geändert worden. Bezüglich Westpreußens, Danzigs und Ostpreußens, und zwar sowohl bezüglich der südlichen Kreise bei Allenstein sowie auch Memels wird nichts geändert. Nur die Garantien für den Eisenbahndurchgangsverkehr durch Westpreußen nach Ostpreußen sind verstärkt und präziser gefaßt worden. Eine Grenzkorrektur zugunsten Deutschlands ist insofern zugestanden, daß nicht mehr gewisse Teile Pommerns in das polnische Gebiet fallen sollen. Für

Oberschlesien

soll eine Volksabstimmung in einer später festzusetzenden Zeit erfolgen. Bis dahin wird das Land von alliierten Truppen besetzt werden. Falls die Abstimmung zuungunsten Deutschlands ausfällt, sollen Garantien für den Bezug der oberschlesischen Kohle dahin geschaffen werden, daß Deutschland ebenso wie Polen in Oberschlesien Kohle erwerben kann. In Schleswig ist auf Antrag von Dänemark die dritte, die südliche Abstimmungszone, fallen gelassen worden.

In der Kolonialfrage wird jedes Entgegenkommen kategorisch abgelehnt, wiederum unter Hinweis auf die Sünden unserer kolonialen Verwaltung, wobei auf frühere Reden von Erzberger und Noske im Reichstag Bezug genommen wird.

Auch die Bestimmungen über unser Verhältnis zu Rußland werden nicht geändert.

In bezug auf die deutschen Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands, also Außenhandel und Schiffahrt, sind keinerlei Konzessionen gemacht worden. Es bleibt bei dem Vertragsentwurf hinsichtlich der deutschen Handelsflotte. Das gleiche gilt für die

Grundlagen unserer Schadensersatzpflicht.

Unser finanzieller Gegenvorschlag ist nicht akzeptiert worden, die früheren Bedingungen haben in ihrem Wortlaut selbst keine Aenderung erfahren. Nur wird in dem Memorandum zugesagt, daß Deutschland innerhalb vier Monate nach Friedensschluß das Recht haben soll, feste Vorschläge zu machen. Aber die alliierten Mächte können diese annehmen, ablehnen oder ändern. Eine neutrale Instanz über Streitpunkte wird dabei abgelehnt. Eine ebensolche deutsche Kommission neben der Commission des Reparations wird zugelassen behufs Verhandlungen mit der gegnerischen Kommission. Aber bindende Entschlüsse hat allein die letztere zu fassen. Dagegen wird festgestellt, daß die Friedensbedingungen nicht eine unmittelbare Zugreifung der Commission des Reparations in die deutsche Verwaltung bezwecken, jedoch kann die gegnerische Kommission unser Budget prüfen und Reichsausgaben streichen. Ausdrücklich wird erklärt, daß eine unmittelbare Einmischung in die Verhältnisse einzelner Fabriken nicht stattfinden soll. Unsere Gegenanrechnungen werden nicht erweitert, unser ganzes Heeresgerät und Flottenmaterial und unsere ganze Handelsflotte werden nicht angerechnet.

An den allgemeinen handelspolitischen Bestimmungen wird gleichfalls nichts geändert. Deutschland wird auch für den Fall seiner Aufnahme in den Völkerbund die allgemeine Gleichberechtigung nicht zugestanden. Das Memorandum enthält lediglich programmatische Erklärungen, daß die alliierten Mächte zu gegebener Zeit diese Fragen prüfen wollen.

Neu ist ein besonderer Vertragsentwurf über die

Besetzung der rheinischen Gebiete.

Die Fristen der Besetzung werden nicht geändert, sondern nur im einzelnen bestimmt, wie das Gebiet während der Besetzung verwaltet werden soll. Eine Viermännerkommission, bestehend aus je einem Vertreter von Frankreich, Belgien, Groß-Britannien und den Vereinigten Staaten, Haute commission interalliée steht als Vertretung der gegnerischen Mächte gegenüber Deutschland an der Spitze der Zivilverwaltung, sie hat gesetzgebende Gewalt nur für die Fragen der Unterhaltung, Sicherheit und Bedürfnisse der Besatzungstruppen. Im übrigen liegt die ganze Zivilverwaltung bei den deutschen Behörden, es bleiben auch die deutschen Gerichte. Die deutschen Behörden unterstehen auch der deutschen Zentralregierung. Die gegnerischen Besatzungstruppen behalten das Recht der mittelbaren Requisition und zwar nach den Grundsätzen der Haager Landkriegsordnung.

Das Personal von Verkehrswesen, Post, Telegraph und Eisenbahnen muß den Befehlen der Besatzungsarmee folgen, soweit diese zu militärischen Zwecken erteilt werden.

In den

Rechtsfragen

sind Zugeständnisse gemacht, die zum Teil der Bedeutung nicht entbehren. Die Liquidierung des deutschen Privateigentums im feindlichen Auslande soll nur so weit Platz greifen, als sich dieses Eigentum bei Friedensschluß bereits im feindlichen Ausland befindet. Auch ist das Liquidationsverfahren in den an Polen und Dänemark abzutretenden Gebieten zugunsten der deutschen Berechtigten geändert, ferner die Ueberlegungsfrist, die sich die Alliierten für die Einführung des Clearingverfahrens vorbehalten haben, von 6 auf 1 Monat herabgesetzt. Auch in der Behandlung des gewerblichen Schutzrechtes sind Zugeständnisse ähnlicher Art gemacht.

In den Verkehrsfragen beschränken sich die Zugeständnisse darauf, daß Deutschland in der Oderkommission statt eines Vertreters deren drei erhalten soll, daß es sich an den Beratungen der Kommission für die Ausarbeitung einer neuen Donauschiffahrtsakte beteiligen darf, jedoch ohne Stimmrecht. Bei dem Bau des Rhein—Donau-Schiffahrts-Weges soll uns ferner nicht mehr einseitig vorgeschrieben werden, was wir bauen sollen. Auch ist die früher vorgesehene Möglichkeit, den Kieler Kanal einer internationalen Kommission zu unterstellen, fallen gelassen worden. Endlich ist die Verpflichtung Deutschlands zum Bau neuer Eisenbahnen erheblich eingeschränkt worden.

Die

sofortige Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen

war schon zugestanden, aber unser Verlangen, auch die wegen gewisser Straftaten in Haft befindlichen Gefangenen freizulassen, wird abgelehnt.

In den Militärfragen wird das Zugeständnis gemacht, daß wir zunächst drei Monate lang 200 000 Mann behalten dürfen, dann soll eine interalliierte Kommission zusammentreten und prüfen, was wir für die nächsten drei Monate nötig haben und das soll bis zu dem Endpunkt vom 31. März 1920 so fortgesetzt werden. An diesem Termin muß die Mindestgrenze von 100 000 Mann spätestens erreicht sein. Festgehalten wird daran, daß wir uns die innere Organisation und Bewaffnung unseres Heereskörpers vorschreiben lassen müssen. Es soll damit der Anfang der allgemeinen Abrüstung gemacht werden, aber irgend eine Bindung dafür, auch eine Frist für die Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht in den übrigen Ländern ist nicht zugestanden worden.

In bezug auf die Aburteilung des früheren Deutschen Kaisers und die Auslieferung der deutschen politischen und militärischen Führer wird lediglich das Zugeständnis gemacht, daß uns die Liste der Personen, die der gegnerischen Gerichtsbarkeit ausgeliefert werden sollen, innerhalb eines Monats mitgeteilt werden wird.

Ueber das Arbeiterrecht wird nur gesagt, daß kein Anlaß vorliege, diese ganze Frage nochmals aufzunehmen.

Unterschreiben oder Ablehnen?

Die Frankfurter Zeitung für Unterzeichnung.

Der von uns gestern zitierte Artikel der „Frankfurter Zeitung", der erklärt, daß Deutschland außerstande sei, die Unterschrift zu dem Vertragsentwurf zu verweigern, liegt uns jetzt im Wortlaut vor. Aus ihm wollen wir noch folgende Stelle zitieren, die zeigt, daß auch einsichtige bürgerliche Kreise die große Gefahr für die Einheit des Reiches sehen, die durch die Ablehnung der Unterzeichnung entstehen würde.

„Bleibt uns denn eine andere Möglichkeit, als der Gewalt, solange sie uns zwingt, zu weichen? Wir sind wehrlos und, was weit schlimmer ist: die deutsche Einheit, dieses höchste deutsche Gut, läuft die allergrößte Gefahr, wenn wir ablehnen und dadurch der französischen Militärpolitik die erwünschte Gelegenheit geben, diejenigen Teile Deutschlands zu besetzen und zu bearbeiten, die schon frühe und trotz ihrer tiefempfundenen Deutschheit des Herzens den Gefahren des westlichen Imperialismus nie ohne tiefgreifende Folgen ausgesetzt waren. Noch haben wir die Möglichkeit, diese Provinzen zu retten; geben wir sie aber — West- und Süddeutschland — vollends der Besetzung preis, so entgleiten sie uns und die deutsche Einheit zerrinnt, zerrinnt im selben Augenblick, in dem es schien, als hätten wir durch die Ueberwindung des dynastischen Partikularismus den Grundstein zu einer Entwicklung gelegt, die uns langsam und nicht ohne Schmerzen zu einem Realen Reich führen werde."

Wie ferner telegraphisch gemeldet wird, spricht sich die „Frankfurter Zeitung" in einem weiteren Leitartikel entschieden für die Unterzeichnung des Friedensvertrages aus, indem sie sich wiederholt auf den Standpunkt stellt, daß von den zwei großen Uebeln die Unterzeichnung das kleinere sei:

„So furchtbar in moralischer, politischer, nationaler und wirtschaftlicher Beziehung die erzwungene Unterzeichnung der ungeheuerlichen Bedingungen auch ist — wir haben gar keine andere Wahl —, denn die Ablehnung wäre nicht nur das größere Uebel, sondern sie bedeutete unseren völligen Ruin und die Zerreißung der deutschen Einheit."

Das Blatt schließt:

„Der Vorfriedensvertrag schließt die Türe nicht zu, wir brauchen nicht zu verzweifeln. Unterzeichnen wir, so wird die Arbeit der Opposition und des Rechts, die bei allen Völkern am Werke ist, keinesfalls zertrümmert und gestört. Wir behaupten das Gegenteil, die Unterzeichnung des Vertrages wird ein wirksames Mittel sein, um den Geist des Unrechts, der die feindlichen Bedingungen beherrscht, zu überwinden."

Damit wird die Haltung der Unabhängigen Partei, die sie von Anfang an konsequent vertreten hat, in ihrer Richtigkeit vollkommen bestätigt.

Winnigs schwere Mörser.

Herr August Winnig, dessen Aufruf zu den Waffen wir gestern abgedruckt haben, teilt mit so vielen andern Erzfressern das Schicksal, daß sie um so weniger ernst genommen werden, je weiter sie ihr Maul aufreißen. Er hat schon einmal verkündet, daß das deutsche Volk keinen Zoll breit deutschen Landes abtreten werde. Das war damals, als allen Kriegstreibern der Himmel noch voller Geigen hing und sie nicht daran glauben wollten, daß Elsaß-Lothringen jemals wieder von Deutschland abgetrennt werden könnte. Anfang März 1916 schloß Herr Winnig einen Korrespondenzartikel, der die Runde durch die rechtssozialistische Presse machte, folgendermaßen:

„Man kann es den Leuten jenseits der Vogesen nicht eindringlich genug sagen, daß das deutsche Volk in restloser Vollständigkeit an der Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Reiche nicht rütteln läßt. Will man drüben die Sprache der Vernunft nicht hören, so muß man das Urteil der schweren Mörser abwarten, die jetzt bei Verdun donnern."

Die schweren Mörser von Verdun haben gedonnert, aber sie haben das Schicksal des deutschen Volkes nicht abwenden können. Es ist kennzeichnend für die deutsche Regierungspolitik, daß sie einen Mann zum Reichskommissar im Osten eingesetzt hat, der nach seiner Kriegsvergangenheit alle Ursache hätte, sich im Verborgenen zu halten, und daß sie dieselben Mann jetzt Kampfrufe verfassen läßt, von denen man das eine sicher ist, daß sie entweder von vollendetem Wahnwitz oder von bornierter Kurzsichtigkeit diktiert sind.

Aber die Regierung wird kein Glück haben, wenn sie etwa glaubt, im Westen mit der Entente einen Frieden schließen und im Osten einen neuen Krieg beginnen zu können. Die Arbeitermassen, auch die des Ostens, lassen sich nicht in einen neuen Kriegstaumel hineinjagen. Die Königsberg hat eine Bezirkskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Ostpreußens sich mit dem Aufruf des Herrn Winnig befaßt und erklärt: Die Regierung setze voraus, daß die überwältigende Volksmehrheit hinter ihr stehe. Auf Grund zuverlässiger Kenntnis der Stimmung der ostpreußischen Volksmassen müsse gesagt werden, daß diese Voraussetzung für Ostpreußen nicht gegeben sei. Die Volksmehrheit sei gegen bewaffneten Widerstand und fordere die Unterzeichnung des Friedensvertrages, um dem Volke neue unsägliche Kriegsleiden zu ersparen. Die Konferenz erwartet von der Reichsregierung, daß sie von ihrem tollkühnen Plan Abstand nehme, und fordert die Parteigenossen auf, überall die unvernünftige Verzweiflungspolitik der Regierung mit allen tauglichen Mitteln entschlossen zu bekämpfen.

Diese Haltung der Arbeiter in der unabhängigen Partei wird von vielen rechtssozialistischen Arbeitern im Osten geteilt. Erst in der vergangenen Woche haben wir von einem Schreiben des Vorstandes der rechtssozialistischen Partei in Graudenz Kenntnis gegeben, das erklärt, daß die Graudenzer Arbeiterschaft nicht gewillt ist, einen neuen nationalistischen Taumel mitzumachen.

Die Bedingungen müssen angenommen werden.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Berlin, den 18. Juni 1919.

An die Redaktion der Zeitung „Die Freiheit"
Berlin, Schiffbauerdamm 19.

Wollen Sie mir, obwohl ich nicht zu den unabhängigen Sozialisten gehöre und nicht Sozialdemokrat bin, angesichts der außerordentlichen, folgenschweren Bedeutung des jetzigen Augenblicks in Ihrer Zeitung Gelegenheit zu nachstehender öffentlichen Erklärung geben:

Trotz der furchtbaren Härte, welche die Friedensbedingungen unserer Gegner auch nach den jetzt zugestandenen Milderungen bewahren, bin ich der Ansicht, daß dieselben angenommen werden müssen. Eventuell ist bei der Annahme ausdrücklich zu bemerken, daß man bezüglich gewisser — näher zu bezeichnender — Friedensbedingungen nicht ablehen könne, wie deren Erfüllung dem deutschen Volke möglich sein solle.

Man sollte sich auch nicht fortgesetzt in Vorwürfen und Schmähungen gegen unsere Gegner wegen der Friedensbedingungen ergehen. Das ist praktisch verfehlt, nicht würdig und entbehrt zu erheblichem Teile auch der inneren Berechtigung.

Um so dringender aber ist, daß das deutsche Volk endlich zur Selbsterkenntnis kommt. Es kann nicht oft genug deutlich und nicht oft genug wiederholt werden, daß unsere Kriegsschuldigen das deutsche Volk in die furchtbare Lage dieses Friedensschlusses gebracht haben. Es muß das deutsche Volk selbst immer wieder darauf hingewiesen werden, welch entsetzliches Unheil es nicht bloß über sich, sondern auch über die kriegsgegnerischen Völker gebracht hat, indem es sich als allzu williges Werkzeug unserer Kriegsschuldigen hat mißbrauchen lassen. Das deutsche Volk muß sich tief mit dem Empfinden und der Erkenntnis durchdringen, daß es, wie man auch die Friedensbedingungen beurteile, auf alle Fälle furchtbar Schweres als Folgen seines eigenen Tuns und Unterlassens hinzunehmen und zu tragen hat. Es muß beweisen durch seine gesamte Haltung und durch ernste, entschlossene Arbeit alles aufbieten, um sich aus dem Sumpfe der Welt zu lösen

entsprechend seinen vielen tüchtigen, wertvollen, hervorragenden Eigenschaften wieder ein allgemein geachtetes, nützliches Mitglied der Völkergesellschaft zu werden.

Wären nach dem 9. November die prominenten Kriegsschuldigen aller Klassen und Kreise aus unserem öffentlichen Leben ausgeschieden worden und ein offenes Bekenntnis zur Kriegsschuld durch Veröffentlichung der Akten usw. erfolgt, so wäre jetzt schon die moralische und vielleicht auch die materielle Lage des deutschen Volkes weniger ungünstig. Diejenigen, welche mit dessen alles aufgeboten haben, solchen Beginn der Reinigung unseres öffentlichen Lebens zu hintertreiben, haben zu ihrer alten Kriegsschuld neue schwere Schuld hinzugefügt und die Lage des deutschen Volkes noch weiter verschlimmert. Ihre inzwischen begangenen inneren politischen Untaten aber waren auch wahrlich nicht geeignet, die Verantwortung, welche deshalb auf ihnen lastet, zu verringern.

In der jetzigen Situation ist es meines Erachtens für die allmähliche innere Gesundung und materielle Wiederaufrichtung des deutschen Volkes dringend erforderlich, daß alle diejenigen Persönlichkeiten unbeschadet ihrer sonstigen politischen Parteizugehörigkeit, welche die obige Auffassung teilen, dies öffentlich kund tun und auf Ziehung der entsprechenden Folgerungen in unserem öffentlichen Leben hinwirken.

Hochachtungsvoll

Professor Wilhelm Kaufmann.

Der Parteitag verurteilt . . . .

Auf dem Parteitag der Rechtssozialisten wurde folgende Entschließung angenommen:

Der Parteitag verurteilt alle Uebergriffe, die sich deutsche Truppenführer und Truppen gegen die rechtmäßigen Volksregierungen Lettlands und Estlands zuschulden kommen ließen. Das Selbstbestimmungsrecht des lettischen und estnischen Volkes muß in jeder Weise gewahrt werden.

Der Parteitag fordert, daß die von den lettischen und estnischen sozialistischen Parteien über diese Uebergriffe mitgeteilten Behauptungen schleunigst nachgeprüft und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden.

Er fordert ferner, daß die noch im Baltikum stehenden deutschen Truppen schleunigst zurückgezogen werden. Die Kampfhandlungen sind sofort einzustellen, da für die Zwecke baltischer Junker kein Tropfen deutschen Blutes vergossen werden darf. Gegenüber den Ententeregierungen hat die deutsche Regierung auf der schleunigen Zurückziehung der deutschen Truppen zu bestehen.

Der Parteitag erwartet weiter, daß die Regierung alle zulässigen Mittel anwendet, um das Ueberlaufen deutscher Soldaten zur baltischen Landeswehr zu verhindern, das seit Mitte Mai eingesetzt hat. Offiziere, denen eine Begünstigung dieser Ueberläuferei nachgewiesen werden kann, sind sofort zu entlassen.

Die deutschen Soldaten sind ferner darüber aufzuklären, daß sie sich im Falle des Ueberlaufens nicht nur des Schutzes der deutschen Republik begeben, sondern im Falle späterer Rückkehr auch der Gefahr der Bestrafung wegen Ueberlaufens aussetzen. Die Soldaten sind vor den Landversprechungen zu warnen, da das lettische Volk nach dem Kriege eine Ansiedlungspolitik nicht dulden wird, die in irgendeiner Form eine Wiederaufrichtung der Vormachtstellung der Junker im Baltikum ermöglichen würde.

Die Erkenntnis von der Schädlichkeit der deutschen Politik in den Ostseegebieten kommt den Rechtssozialisten reichlich spät. Ihre Presse hat das schamlose Treiben der deutschen Soldateska in Kurland und Lettland entweder stillschweigend gebilligt oder es gar noch offen unterstützt. Und ihre verlogene Politik setzen die Rechtssozialisten jetzt noch fort, indem sie auf ihrem Parteitage diese Resolution beschließen, zu gleicher Zeit aber ihrem Noske ein Vertrauensvotum ausstellen, demselben Noske, der als Reichswehrminister die Hauptverantwortung für das baltische Kriegsabenteuer zu tragen hat. Die lettischen und estnischen Sozialisten haben mit Recht das Verhalten der rechtssozialistischen Regierungsmitglieder im Baltikum vor der ganzen Internationale gebrandmarkt und es ist nichts weiter als das Stammeln der Verlegenheit, wenn der rechtssozialistische Parteitag nur die deutschen Truppenführer und Truppen „verurteilt".

Bei dieser Gelegenheit muß aber noch hervorgehoben werden, daß Herr Noske auf dem Parteitag das unehrliche Spiel der Regierung fortgesetzt hat und dabei durch Scheidemann und andere Führer unterstützt wurde. Noske behauptete, daß nirgends deutsche Truppen mit Esten, Letten oder Litauern im Kampf ständen. Eine Anzahl deutscher Freiwilliger sei in die baltische Landeswehr eingetreten, wogegen man machtlos sei. Diese Ausführungen stehen mit den Tatsachen in Widerspruch. General von der Goltz, der Finnlandbesiegter, hat noch immer das Oberkommando im Baltikum, derselbe Goltz, der bekanntgegeben hat, daß ihm alle Truppen, gleichviel welcher Nationalität, unterständen. Noch im Anfang Juni ist die Stadt Riga nach dem Bericht des lettischen Obersten Balodis, in drei Bezirke eingeteilt worden, und einer wurde von der reichsdeutschen eisernen Division besetzt. Das Ueberlaufen deutscher Truppen zu den Formationen der baltischen Barone ist weiter nichts als eine Maskerade, die von den deutschen Befehlshabern gestützt und gefördert wird. Noch heute kann man in der deutschen Presse Inserate finden, die zum Eintreten in die baltische Landeswehr auffordern und den Angeworbenen in Aussicht stellt, daß sie nach Beendigung der Kämpfe Land in den baltischen Provinzen unter sehr günstigen Bedingungen erwerben könnten. Das geschieht alles unter den Augen der Regierung und mit der stillschweigenden Billigung und Förderung auch der rechtssozialistischen Regierungsmitglieder.

Aus alledem kann man ermessen, welchen Wert die Resolution des rechtssozialistischen Parteitages hat: Sand in die Augen!

*

Inzwischen stellt sich aufs neue heraus, daß die Politik der deutschen Regierung in den baltischen Provinzen eine einzige Kette von Lug und Trug darstellt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht in ihrer Abendausgabe vom Mittwoch unter der Ueberschrift: „Ultimatum an General v. d. Goltz" folgende Meldung:

Basel, 18. Juni.

Nach einem Pariser Bericht der „Neuen Korrespondenz" richtete entsprechend dem Beschluß des Obersten Rates der Verbündeten der Chef der militärischen Vertretung der Verbündeten in den baltischen Provinzen, General Gough, ein Ultimatum an den deutschen General von der Goltz, mit der Aufforderung, die Operationen gegen die lettischen und bolschewistischen Truppen und alle Manöver einzustellen, welche die Bildung einer lettischen Regierung verhinderten.

Zu dieser Meldung schreibt das Blatt folgendes:

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, enthielt das Telegramm Goughs an den General von der Goltz den Befehl, die baltische Landeswehr zurückzuziehen. Dieser hat darauf erwidert, er habe keine Weisung, von der verbündeten Vertretung Befehle anzunehmen, die deutsche Antwort werde auf diplomatischem Wege gegeben werden. Die deutsche Waffenstillstandskommission ist augenblicklich mit der Bearbeitung dieser Frage beschäftigt.

Noske hat also seine Parteigenossen in Weimar belogen, als er behauptete, daß nirgends deutsche Truppen mit Esten, Letten und Litauern im Kampf ständen. Die deutsche Regierung hat die Oeffentlichkeit belogen, als sie verkündete, daß die baltische Landeswehr nichts mit dem deutschen Oberbefehl zu tun habe. Nach dem Ultimatum der Entente und nach dem offiziösen Kommentar dazu steht fest, daß Herr v. d. Goltz noch immer den Oberbefehl über sämtliche in den baltischen Provinzen kämpfenden Truppen hat, daß mit der baltischen Landeswehr eine niederträchtige Komödie aufgeführt wird, daß es deutsche Truppen unter deutschen Offizieren sind, die in Lettland Henkersarbeit verrichten und die Geschäfte der baltischen Barone wahrnehmen.

Zu alledem kommt jetzt die außerordentliche Blamage, daß die deutsche Regierung zusehen muß, wie dem General v. d. Goltz von den Alliierten Befehle erteilt werden. Es läßt sich kaum ein Fall aus der Tätigkeit der deutschen Regierung ermitteln, in dem sie mit größerer Unfähigkeit, Hinterhältigkeit und Brutalität gehandelt hätte, als bei diesem Abenteuer im Baltenland.

Die bayerische Regierungskrise.

Wer trägt die Verantwortung für die Vollstreckung des Todesurteils an Lewinè?

Auch die „Frankfurter Zeitung" bezeichnet die von der offiziellen Korrespondenz Hoffmann aus Bamberg verbreitete Erklärung, wonach der Ministerratsbeschluß über die Urteilsvollstreckung an Levinè gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung erfolgt sei, als in einem auffallenden Gegensatz zu der ersten amtlichen Mitteilung stehend, in der jener Beschluß als vom Gesamtministerium herrührend bezeichnet wurde. Das Blatt erklärt dann, daß dieser Widerspruch dringend der Aufklärung bedürfe, da es sich dabei um das Problem der Koalitionsregierung überhaupt handle. Durch die Erklärung der sozialdemokratischen Minister sei im Ministerium eine tiefe Kluft aufgerissen worden. Trotz der Erklärung der sozialdemokratischen Minister werde das Ministerium nicht umhin können, die Verantwortung der Handlungen des Ministeriums solidarisch zu tragen. Denn:

Diejenigen Mitglieder der Regierung, die mit der Vollstreckung des Todesurteils an Levinè nicht einverstanden waren, hätten ihrer abweichenden Auffassung, und wäre es selbst durch Stellung der Kabinettsfrage, sehr wohl Geltung zu schaffen vermocht. Legte schon die Abwesenheit des Ministerpräsidenten die Erwägung nahe, schwerwiegende Entscheidungen zu vertagen, so wird es geradezu unerklärlich, wie eine solche Frage überhaupt durch einen Majoritätsbeschluß zur Erledigung gebracht werden konnte.

Trotzdem hat die rechtssozialistische Partei die Haftung der Minister gedeckt. Aber der Wahlausfall in Bayern, insbesondere der in München zeigt, daß die Arbeiter sie für das Verbrechen an Levinè voll verantwortlich machen und daraus auch bereits die Konsequenzen gezogen haben.

Konflikte in Thüringen.

Eine Versammlung der Eisenbahner in Erfurt beschloß am Sonntag mehrere höhere Eisenbahnbeamte abzusetzen und einen von ihnen gewählten Rechnungsrevisor zum Eisenbahndirektions-Präsidenten auszurufen. Die Regierung machte sofort die in Weimar stationierten Truppen mobil. Sie sollten in der Nacht von Dienstag zu Mittwoch nach Erfurt transportiert werden, um dort im Sinne des Herrn Noske „Ruhe und Ordnung" zu schaffen. Als die Truppen auf dem Bahnhof verladen werden sollten und die Stadt von Militär nahezu entblößt war, brachen nachts gegen 1 Uhr aus dem Weimarer Gefängnis die Untersuchungsgefangenen aus und unternahmen einen Putschversuch gegen das Schloß. Es gelang ihnen, die Wache zu entwaffnen und in das Schloß einzudringen. Von den auf dem Bahnhofe versammelten Truppen wurden sofort gewisse Teile wieder in die Stadt zurückberufen. Es kam dann vor dem Schlosse zu einer Schießerei, bei der es mehrere Verwundete gab. Die entwichenen Gefangenen sind inzwischen wieder festgesetzt worden.

Die Regierung erläßt auf Grund dieser Vorkommnisse einen Aufruf, in dem sie zur Einigkeit aller Volksgenossen aufruft. Der Aufruf trieft von heuchlerischen Phrasen, die um so abstoßender wirken, als die Regierung es sich nicht versagen kann, auch bei dieser Gelegenheit auf ihre Machtmittel zu pochen, womit sie die Eisenbahner zur Raison bringen will. Statt die Noskegarden aufzubieten, täte die Regierung besser, endlich für die Sozialisierung der Betriebe zu sorgen und die ungeeigneten Beamten zu beseitigen. Die Konfliktsstoffe wären dann auf einmal aus der Welt geschaffen, ohne daß es Tote und Verwundete dabei geben würde.

Die französische Politik in Rußland.

Versailles, 18. Juni.

Die Kammer hat gestern die Erörterungen über die Politik der französischen Regierung in Rußland zu Ende geführt. Die ganze Sitzung stand im Zeichen starker Erregung. Unterstaatssekretär Arami mußte zugeben, daß besonders in der Etappen der Orientarmee Unordnung herrsche und sehr schlecht gewirtschaftet worden sei. Auf einen Zuruf Doriots erwiderte Arami: die französische Regierung werde die Orientarmee so schnell als es irgend angehe nach Frankreich zurückführen. Nach Arami ergriff Pichon das Wort, um die Orientpolitik Frankreichs klarzulegen. Von 400 000 Soldaten in Sibirien seien 500 Franzosen, und zwar alles Instruktteure. Von 40 000 Mann alliierter Truppen in Rußland seien 2000 Franzosen. An der Dnjestr-Linie stünden 2 französische Divisionen. In Rußland verteidige sich die Entente gegen Deutsche, welche die Bolschewiki bewaffnen und gegen die Entente aufheben. Der Tag werde kommen, wo Rußland wieder Bundesgenosse Frankreichs sein werde. Einen dauerhaften Frieden könne es nicht geben, solange die Bolschewisten in Rußland herrschten. Unter schärfsten Protesten der Sozialisten verlas Pichon sodann das Programm Koltschaks, in dessen demokratische Gesinnung man Vertrauen haben und den man unterstützen müsse, damit er das bolschewistische Regime niederzwinge. Bracke rief Pichon zu: Es handelt sich hier nicht um Bolschewismus, sondern darum, ob wir mit Rußland im Kriege sind. Warum kämpfen wir gegen die rote Armee, selbst wenn sie von deutschen Offizieren befehligt ist? Sind wir denn nicht im Begriff Frieden mit Deutschland zu schließen? Pichon erwiderte, der Friede sei noch nicht gezeichnet und die Anwesenheit Deutscher an der Spitze der russischen roten Heere sei eine Verletzung des Waffenstillstandes. Mehrere andere Redner griffen die Politik der französischen Regierung in Rußland an. Plötzlich erhob der Royalist de la Hay die Anschuldigung gegen die sozialistische Partei, sie habe von Deutschland 80 Millionen Francs erhalten, um die gegenwärtigen großen Streiks zu organisieren. Cachin verlangt, angesichts dieser Verleumdung eine Erklärung Pichons. Nach einigen Zögern erklärte dann auch Pichon, er bedauere, daß de la Hay eine solche Aeußerung getan habe, für welche de la Hay keinerlei Anhaltspunkte haben könne. Schließlich wurde mit 249 Stimmen für und 187 dagegen bei 50 Stimmenenthaltungen eine Tagesordnung angenommen, in der die Kammer der Regierung ihr Vertrauen ausspricht.

Die blutigen Vorgänge in Wien.

Wien, 18. Juni. (Korr.-Büro.)

In der gestrigen Kreisarbeiterratssitzung wegen der blutigen Vorgänge am letzten Sonntag erklärte Friedrich Adler, es könne kein Zweifel bestehen, daß mindestens ursprünglich ein gewaltsames Vorgehen zur Ausrufung einer Räterepublik beabsichtigt gewesen sei, wofür auch die amtliche Mitteilung spreche, daß tausend ungarische Notgardisten an der Grenze stünden, um am 15. Juni einzurücken. Einwandfrei stehe fest, daß 100 000 Kronen für die Auslieferung der sozialdemokratischen Staatssekretäre geboten worden seien. Bei den angeblichen Ordnern der Kommunisten habe man Revolver gefunden. Die Stadtschutzwache habe zunächst blind geschossen und erst nach Schüssen von Zivilisten und nach neuerlichem Vorstürmen der Menge Salven abgegeben.

Die slowakische Räterepublik ausgerufen.

Budapest, 18. Juni.

Das Ungar. Tel.-Korr.-Büro meldet aus Eperjes, daß dort die slowakische Räterepublik ausgerufen worden ist. Bei dem ungarischen Rätekongreß ist eine Begrüßungsdepesche der neuen Räterepublik eingetroffen. Die heutige Sitzung des ungarischen Sowjetkongresses wurde vom Präsidenten Bokany unter stürmischem Beifall mit einer Begrüßung der slowakischen Räterepublik eröffnet.

Der erste ungarische Sowjet-Kongreß.

Die erste Tagung des Landeskongresses der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte Ungarns ist am 15. d. Mts. im Budapester Sadtheater eröffnet worden. Der Präsident der Räteregierung, Alexander Garbai, erklärte in der Eröffnungsrede, wie die „Vossische Zeitung" mitteilt, das Proletariat sei zur Herrschaft gelangt. Es übe mit der Diktatur gegenwärtig eine Klassenherrschaft aus, diese sei aber bloß eine Uebergangserscheinung und bezwecke die Abschaffung jeglichen Klassenunterschiedes. Den Kapitalismus könne man nie mehr zurückbringen.

Der Volksbeauftragte für Auswärtiges, Bela Kun, feierte die Proletarierrevolution und appellierte in erster Reihe an das französische Proletariat. Er verlas den an das französische Proletariat zu richtenden Aufruf. „Man wird uns nicht in unserem Blute ersticken," erklärte er dann. „Im Gegenteil, wir werden diejenigen im Blute ersticken, die die ungarländische Räterepublik erdrosseln wollen."

In der Montagssitzung warf der Volksbeauftragte für Finanzen Eugen Varga einen Rückblick auf die bisher auf wirtschaftlichem Gebiete geleistete Arbeit. Die Mängel bei der Sozialisierung seien in erster Reihe darauf zurückzuführen, daß die Betriebskommissäre und die kontrollierenden Arbeiterräte ihre Aufgabe mißverstünden. Der laute Gegensatz zwischen geistigen und physischen Arbeitern müsse unbedingt beseitigt werden; ohne fachlich gebildete Arbeitskräfte sei jede Produktion unmöglich. In der neu geschaffenen Bureaukratie gebe es zweifellos sehr viele Leute, die nicht dorthin gehören. Die erprobten Führer der Gewerkschaften müßten zur Mitarbeit herangezogen werden. Die bisherigen Ergebnisse der Produktion seien leider als schlecht zu bezeichnen; so sei die individuelle Produktion im Kohlenbergbau um 10 bis 38 v. H. gegenüber dem Anfang dieses Jahres und um 50 v. H. im Verhältnis zur individuellen Produktion im Frieden zurückgegangen. Auch in der Maschinenindustrie sei der Rückgang sehr bedeutend. Die Ursachen seien das Aufhören der kapitalistischen Arbeitsdisziplin, die Aufhebung der Akordlöhne und der Umstand, daß der Arbeiter sich noch nicht zu dem kommunistischen Selbstbewußtsein durchgerungen hat, daß jeder soviel arbeiten muß als er kann, obwohl er nicht mehr bekommt als ein anderer. Diesem Umstand müsse entweder durch Einführung von Prämien oder durch Rückkehr zum Akordsystem abgeholfen werden.

Karl Einstein verhaftet.

Das Abendblatt „Die neue Zeitung", bringt die Meldung von der Verhaftung des bekannten Kunstschriftstellers und Dichters Karl Einstein im D-Zug Berlin—München. Das Blatt fügt der Meldung den Phantasiekommentar bei, Einstein habe seinen Haß dem Münchener Kommunisten Max Levien zur Verfügung gestellt. Und damit die Rinnovamantik zu ihrem Rechte komme, heißt es ferner, Einstein sei spanischer Staatsangehöriger (Einstein ist in Wirklichkeit Badenser!) Der Sinn dieser abstoßlichen Verdrehung ist ja klar genug: Die Hetze hat ein neues Opfer! die Kampagne gegen Einstein hat bereits vor seiner Verhaftung begonnen. Zuerst brachte das „5-Uhr Abendblatt" die von Einstein sofort dementierte Nachricht, er habe am Todestage Rosa Luxemburgs zum Morde aufgefordert.

Hoffentlich kommt nun bald auch die beliebte Nachricht von einem Fluchtversuch Karl Einsteins mit dem köstlichen Drum und Dran. Es sei jetzt schon soviel festgestellt, daß Einstein seinen Freunden gegenüber sich kürzlich noch dahin geäußert hat, er würde bei einer eventuellen Verhaftung niemals einen Fluchtversuch unternehmen.

Theater und Vergnügungen.

Friedrich-Wilhelmst.-Theater
Direktion: Gustav Friedrich
Chausseestraße 30.
Anfang 7½ Uhr.
Allabendlich:
Das Dorf ohne Glocke

Volksbühne. Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kayssler.
7½ Uhr: s' Jungfernstift

Opernhaus
7 Uhr: Hänsel u. Gretel. Tanzbilder.

Schauspielhaus
7 Uhr: Meine Frau, die Hofschauspielerin.

Direktion
C. Meinhard — R. Bernauer.
Theater i. d.
Königgrätzer Straße
Allabendlich 7½ Uhr:
Der Häuptling.

Komödienhaus
an der Marschallbrücke.
Lucie Höflich u. Ludw. Hartau.
8 Uhr: **Liselott von der Pfalz.**

Berliner Theater
Donnerstag, Sonnabend und Sonntag ½8 Uhr:
Die tolle Komteß.
Freitag ½8 Uhr:
Sterne, die wieder leuchten.

Deutsches Theater
Allabendlich 8 Uhr Max Pallenberg in **Familie Schimek.**
Freitag: 200. Aufführung.

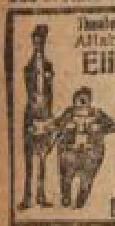
Kammerspiele
Allabendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin in
Eifersucht.

Theater des Westens
Allabendlich 7½ Uhr:
Mia Werber u. Hans Wassmann in
Die Geisha.
Donnerstag: 150. Aufführung.

Lessing-Theater
Sommerspielzeit
Leitung: Hans Sternberg.
Gastspiel Guido Thielscher.
8 Uhr: **Charleys Tante.**

Deutsches Künstler-Theat.
Allabendl. 7½ Uhr:
Max Adalbert u. Kurt Götz in:
Die Rutschbahn.

Rose-Theater
7½ Uhr: **Ehe-Urlaub.**
7½ Uhr: Gartenbühne:
Das sieht sich jeder an.
Vorher Konzert
und erstklassige Spezialitäten.

Theater a. Kottbuser Tor
Allabendlich 7½ Uhr:
Elite-Sänger

ehem. Mitgl. der Stettiner Sänger
Russeit, Horst, Seidel etc.
Humor. Spielpl.
Sommerpreise!
Im Garten:
Brüllgen - Konzert.

Walhalla-Theater
7½ Uhr: Kleine Sklavin.

Wintergarten
täglich 7½ Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet.

mit Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen und gegen bequeme
Täglich 9—6 Uhr Vorführung Eintritt frei.
Monatsraten
liefern wir unsere berühmten, tonreinen und klangschönen
Sprechapparate
mit nadellosen, sich fast nie abnützenden Saphirplatten.
Verlangen Sie unsere illustr. Sprechapparate-Broschüre
gratis und sofort
oder besuchen Sie uns
Alexandrinenstr. 97
MIRA, Berlin S 42
Postfach

Möbel
jeder Art
preiswert
Große Auswahl
Möbel-Lechner
BERLIN
Brunnenstraße 7
Nähe Rosenthaler Platz

Gegründet 1878.
Carl Barthel
O. Landsberger Straße 64
liefert gegen bar
Möbel
jeder Art.
Teilzahlung gestattet.

Wohnzimmer
Kleiderschrank, Vertikow, Tisch, 4 Stühle, Spiegelspind und Spiegel
M. 875.—
Erstkl. Ausführung!
Stolzmann,
Belle-Alliancestraße 100
Zahlungserleichterung auf Wunsch.

Fortuna-Lichtspiele
Müllerstraße 12 c.
3. Teil Der Hund von Baskerville.
Tscherkessenblut.
Ein Drama von Liebe und Leidenschaft.
Bis Donnerstag täglich ½5—6 Uhr.

Vergnügungs-Palast „Groß-Berlin“
früher: Kliems Festsäle
Hasenheide 13-15 Direktion: **Karl Knoppe**
Täglich:
das wirklich phänomenale, vom Publikum und Presse als ganz hervorragend bezeichnete
Eröffnungs-Programm
Anfang Wochentags 5½ Uhr, Sonntags 4 Uhr.
In den Prachtsälen:
Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag
Großer Ball
bei verstärktem Orchester.
Anfang Sonntags 4 Uhr, Wochentags 6½ Uhr.

Ballschmieders **Varieté-Garten** Badstraße 16.
Weissenseer **Sommer-Theater** Prenzlauer Promenade 6-8.
Dir.: Gerh. Dammann
Täglich 12 Varieté-Nummern
Grosses Theater-Orchester
Eröffnung der Gärten: Wochentags 3½ Uhr, Sonntags 2½ „
Beginn des Konzerts: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 „
Beginn des Varietés: Wochentags 7 Uhr, Sonntags 6 „
Über Vermietung der Gärten an Vereine wende man sich an die Direktion.

Annehmen oder Ablehnen

Mit Beiträgen von
K. Kautsky, Gg. E. Graf, C. Ballod,
A. Stein, R. Hilferding und H. Haase.

Preis 50 Pfennig

Diese Schrift erklärt und rechtfertigt den Standpunkt der U. S. P. in der Friedensfrage.

Gegen Einsendung von 55 Pfennig zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt von der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H. in Berlin NW 6 Abteilung Buchhandel — Schiffbauerdamm 19

Die Heilkraft des Radium
erproben Sie durch Anwendung der Dr. med. Gutenthal's
5 Radium-Spezialpräparate
Vorzüglich bewährt bei Rheuma und Ischias, Haarausfall und Erkrank. jeder Art, Achsel-, Fuß- und Handschweiß, Pickel, Hautröte, Mitesser.
Einzel-Packung mit Gebrauchsanweisung Mark 5.75. D. R. G. M. angemeldet.
Größte Wirksamkeit. Nur echt mit Namenszug des Erfinders.
Erhältlich bei **Viktoria-Apotheke, SW 48,** Friedrichstr. 19. Tel. Moritzpl. 3382/84.
Fürst Bismarck-Apotheke, O., Oppelner Straße 38, Ecke Wrangelstraße.
Adler-Apotheke, N., Prinzenallee 68.
Apotheke z. Eis. Kreuz, N., Kastanienallee 2.
Marien-Apotheke, Wilmersdorf, Wilhelmsaue 116.
General-Vertrieb (nicht f. Private) **Cohnreich & Philippi,** Charlbg. 206, Roscherstr. 7. Steinplatz 7006.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Die Vertrauensleute und Druckereikassierer ladet der Gauvorstand zu einer

Vertrauensmänner-Versammlung

ein am Donnerstag, den 19. Juni, nachmittags pünktlich 4 Uhr, in den „Musiker-Festsälen“, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.

Tagesordnung:

Der Hilfsarbeiterstreik und die Maßnahmen der Prinzipalität.

Es haben nur die Vertrauensleute und Druckereikassierer gegen Vorzeigung der Legitimationskarte Eintritt.
Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen ersucht
Der Gauvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin. * Bureau: Berlin, Rungestraße 30.
Telephon: Amt Moritzplatz 10623, 3578.

Freitag, den 20. Juni 1919, abends 7 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

Ordentliche Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Bericht vom 1. Quartal.
2. Ergänzungswahl eines Beisitzers in die Verwaltung.
3. Wahl von 10 Bureauangestellten.
4. Anträge.

Klavier-, Klaviatur- und Pianomechanikerarbeiter.

Der im Tarifvertrag vorgesehene Anschluß an den paritätischen Arbeitsnachweis ist jetzt vollzogen. Die Arbeitsvermittlung für die gesamte Musikinstrumentenindustrie findet von jetzt ab nur noch im städtischen Arbeitsnachweis der Holzindustrie,

Rückertstraße 9, III, statt.

Vermittlung für alle Branchen von 8—12 vorm.
Für die Maschinenarbeiter von 10—12.
Kollegen, achtet streng darauf, ohne Nachweis keine Arbeit.

Versammlung

am 19. Juni, abends 7 Uhr.
Bötzow Brauerei, Prenzlauer Allee.

Parteigenossen des 5. Kreises, der I-, Ia-, Ib.-Abteilung, sowie der Parteigenossen aus dem Bötzowviertel des 4. Kreises.

Tagesordnung:

1. Bericht der Kommission.
2. Wahl des Spediteurs Winzler.
3. Wahl der Revisionskommission.
4. Verschiedenes.

Die Parteigenossen werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.
J. A.: Koch.

A.-W. Süd.

Sämtliche Kollegen außer Transportarbeiter vom Gewerk N. V. I. treffen sich Freitag 3 Uhr bei Mecklenburg, Nebenstraße 6 zwecks Nachzahlung.
Der Kolonnenführer
i. A.: Zebben.

Nußbaum!!!
Kleiderschränke
Vertikow
Ankleideschränke
Waschtoiletten
Nachttische
Trumeaux
Bettstellen
Moquettsofa, prima
Reizende Küchen
billigste Preise
Möbelhaus Osten
nur 30 Andreasstr. 30

U. S. P. D.
Berlin-Wilmersdorf.
Mitglieder-Versammlung

Freitag, den 20. Juni, abends 7½ Uhr,
in der Aula des Bismarck-Gymnasiums, Pfalzburger Straße 30/31.

Tagesordnung:

1. **Lügenpolitik und Gewaltfriede**
   Referent: Genosse **Dr. Bumpel.**
2. Parteiangelegenheiten.

Der Vorstand.

Starke Büste
wird erlangt durch das echte Bocatel-Busenwasser, welches die Formen zur höchsten Entfaltung bringt und einen gleichmäßig. Halsansatz bewirkt. Durch natürliche äußerliche Kräftigung wird die erschlaffte Brust gefestigt und die unentwickelte kleine Büste vergrößert. Zahlreiche Anerkennungen. Wirkung unübertroffen. Flasche 4.50 Mark.
Kosmet. Laborat. H. Bocatius, Berlin Schönhauser Allee 132.

4. Wahlkreis U. S. P.

Am Freitag, den 20. Juni, findet per Urabstimmung die

Neuwahl des Vorstandes

in folgenden Lokalen statt:

Fritz Wählisch, Stalitzer Str. 22.	Hoffmann, Stralauer Allee 17.
Ewald, Forster Str. 19.	Kühn, Posener Str. 10.
Siedentopf, Muskauer Str. 35.	Rotroff, Rigaer Str. 90.
Engel, Oppelner Str. 47.	Neumann, Samariter Str. 13.
Merkmann, Gr. Frankf. Str. 16	Rott, Straßmannstr. 29.
Hentschke, Höchste Str. 29.	Rätsch, Friedebergerstr. 1.

Wahlberechtigt ist nur das Mitglied, welches bis zum April seine Beiträge entrichtet hat. Die Wahlzeit beginnt um 5 Uhr abends und endet um 8 Uhr. Das Zentralwahlbureau befindet sich bei Hoffmann, Gubener Straße 6.

Der Vorstand.

Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin.

Am Freitag, den 20. Juni, abends 5 Uhr, in den Sophiensälen, Sophienstraße

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Anträge zum Verbandstag.
2. Wahl der Delegierten.
3. Wahl des II. Vorsitzenden.

Es ist Pflicht jedes Mitgliedes zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit von 9—4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Achtung!

Für die am 22. Juni 1919 stattfindende

General-Versammlung

ist nachträglich folgender Punkt auf die Tagesordnung gesetzt worden:

Stellungnahme zur abgelehnten Beitragserhöhung.

Die Ortsverwaltung.

Achtung!
Munitionsfabrik Spandau

Ausflug nach Birkenwerder.
Treffpunkt 9 Uhr Bahnhof Hermsdorf. Abfahrt Bahnhof Gesundbrunnen 7¼ Uhr früh.

Paul Langenscheid's beliebte Romane sind wieder erschienen.

Bd. 1. **Ich hab dich lieb.**
Geschichte einer jungen Ehe.
Ein Werk, das jeden von uns, Mann und Weib, tief bewegen wird, das unerbittlich in unser aller Schicksal hinein greift.
Preis, vornehm gebunden, M. 9.50.

Bd. 2. **Blondes Gift.**
Wer zählt die jugendlichen Existenzen, die gleich Rolf an seiner blonden Losi zugrunde gehen. Es ist ein unbarmherziges Buch, mögen seine grausam erschütternden Wahrheiten hinausklingen in alle Welt.
Preis, vornehm gebunden, M. 12.—.

Bd. 3. **Arme kleine Eva.**
Die Tendenz dieses Buches, der tiefe sittliche Ernst, die bittere, unbarmherzige Wahrheit, mit der ein altes und doch so selten besprochenes Thema aus den dunkelsten Schatten des Großstadtlebens behandelt wird, lassen das Buch emporwachsen zu einem ernsten Weckruf an die Gesellschaft.
Preis, vornehm gebunden, M. 9.50.

Bd. 4. **Du bist mein.**
Jeder wird das Buch der Liebe mit tiefer Rührung lesen, wohl selten wird ein Werk so in tiefster Seele erschüttern.
Preis, vornehm gebunden, M. 9.50.

Einzeln oder zusammen zu beziehen durch:
Vogler & Co., Berlin W 9
Köthener Strasse 27. — Abteilung 8.

Original-Aufnahmen
von der Beerdigung der
Rosa Luxemburg
Postkarten und auch sonst Bildgrößen
empfiehlt
Michaelis, Berlin S 14,
Neue Jakobstraße 12.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Nachruf!

Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen,

der Rohrleger
Hermann Pape,
Schöneberg, Eisenacher Str. 38, am 6. d. M.,

die Arbeiterin
Maria Winkel,
Wolliner Str. 25, am 5. d. M.,

der Schlosser
Heinrich Beuwer,
Utrechter Str. 25, am 6. d. M.,

der Arbeiter
Richard Kautz,
Schulstr. 69, am 12. d. M.,

der Gürtler
Reinhold Fritze,
Elisabethufer 25, am 6. d. Mts.,

der Schlosser
Walter Böhme,
Oldenburger Str. 22, am 12. d. M.,

der Eisenformer
Franz Staegemann,
Liegnitzer Str. 41, am 11. d. M. gestorben sind.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Piano, Harmonium ... Flügel, neu, gebraucht ... Steinflügel, verkauft ... Ernst, Oranienstr. 166 II.

Mandoline, Laute, Gitarre ... Wandermandoline 45.—, ... 65.—, Konzertlaute 125.—, ... (Unterricht 8.—, Mandoline ... rar, evtl. 10 stündiger Schnellkursus), Künstlerviolinen mit Zubehör 125.—, Konzert... 65.—, Ernst, Oranienstr. 166 II.

Pianos ... vorzügliche neue und ... Material, gute gebrauchte ... selbstspielende Pianos ... nicht verkauft nur ... zahlung, daher billiger ... **Liban, Neukölln, Münchener Str.** ...

Reizende Schlafzimmer, Speisezimmer mit Kindledersofa, Küche ... Kleiderschrank, Vertiko, ... Umbausofa, ... Bettstelle, eichene ... Schreibtisch, Wasch... Trumeau, Teppiche, ... betten verkauft Teltz, ... nicker Str. 154, 4 Tr. ... an Privatleute. ...

Möbelkredit an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung ... Einzelne Möbelstücke ... teilzahlbar ab ... in Zahlung. Bei ... bedeutende Preisermäßigung ... Müllerstraße 7 ...

Verliehengewesene neue Möbel verkauft ... Seelig, Lothringer Straße ... (Schönhauser Tor). ... schränke, Vertikos ... 125.00, neue zusammen ... Bettstellen m. Matratzen ... 85.00, Muschel... stellen, Sofa, Chaiselongue ... Spiegel, Kommode ... Gr. Auswahl in ... neuen Möbeln, ... Küche 175.00. Versand ... außerhalb.

Möbel-Roth liefert komplette ... richtungen sowie einzelne ... Stühle, Küchen, Teilzahlung ... Elsasser Str. 44, am ... Tor.

Achtung Brautpaare! Spezialität: ... Stubeneinrichtung kompl. 885.— Große Auswahl ... in besten Küchen, ... Verglasung, ... Eichenes Schlafzimmer, ... denzware, Stoffauflagen ... Einzelne Möbelstücke ... gebraucht, sehr ... Auktion und Möbel... „Gesundbrunnen“ ...

Küchen, moderne, ohne Anrichte, ... Riesen-Auswahl, ... wert. Himmel, Lothringer ...

Metallbetten, schwarz, braun 75.—, ... longues 75.— an. ... Auguststraße 32 a. ... parterre.

Chaiselongues, ... Bettstellen, Patentmatratzen, Auflagematratzen, ... sofas. Tapezierer ... Stargarder Straße 18.

Küchenmöbel billigst Michaelkirchstr. ...

Friedensware, ... Vorrat reicht, verkauft ... wert allerh. Gardinen, ... Portieren, Tüll-Bettdecken, Tischdecken, Divandecken, Dekorationen, Waffeldecken, ... sowie fast neue Teppiche, Herrenstoffe, Läuferstoffe, Steppdecken und andere ... legenheitskäufe, Fried. ... zenstraße 84, 2 Tr. ...

Empfehle preiswert ... hand Gardinen, Stores, ... bettdecken, Tischdecken, Divandecken, ... Portieren, Zuggardinen, ... neue Teppiche, Läufer, ... Bettvorlagen, Federbetten ... Ehrmann, Frankenstraße ... Ecke Eisenacherstr.

Gummi gibt es zu wenig, ... Ersatzbereifung ... Schläuche ... Schulranzen aus ... mit Ueberziehen im **Fahrradgeschäft „Vorwärts“** Brunnenstraße 35 ...

Roländer aller ... Leiterwagen, ... engros und detail. ... Brunnenstraße 56, Nord ...

Tabakpflanzen ... Gemüsepflanzen, Zwiebeln, Majoran verkauft ... Seydel, Neukölln, ... Allee 160.

Parteigenossen, Tischlerei gibt gebrauchte ... Möbel billig ab. Chorinerstr. ...

Tüll für Kleider ... Gardinen verkauft ... O. 112, Oderstr. 3, Pohl.

Kinderbettstelle, Kinderwagen billig zu verkaufen, Richter, Hennigsdorfer Str. 9.

Großen Erfolg haben selbst die **Kleinen Anzeigen** in der „Freiheit“.

Ledebour vor den Geschworenen

In den Fußtapfen Heines.

Der gestrige Verhandlungstag wurde mit den Plädoyers der Staatsanwälte Zumbroich und Dr. Gysae ausgefüllt. Obwohl beide versicherten, politische Erwägungen auszuschalten und nur die Rechtsfragen aufzuklären, gipfelten ihre Ausführungen in den entscheidenden Punkten in politischen Schlußfolgerungen. Die Rede des Staatsanwalts Zumbroich vor allem war nichts weiter als eine politische Stimmungsmache gegen den Genossen Ledebour. Herr Zumbroich hat es nicht für nötig gehalten, vorerst den Schuldbeweis gegen den Genossen Ledebour zu erbringen und dann seine Entrüstung über die angebliche Straftat auszudrücken. Sondern er hat von vornherein die Schuld Ledebours als bestehend angenommen und ihn mit gut gespielter Entrüstung für alle Ereignisse im Januar verantwortlich gemacht. So wurde seine Rede zu einem Appell an das Klassenvorurteil der Geschworenen. Diese Art von Stimmungsmache hat hoffentlich ihren Eindruck verfehlt.

Hatte Herr Zumbroich für seine Ausführungen noch etwas jugendlichen Eifer zur Hand, so sprach Herr Staatsanwalt Dr. Gysae völlig kalt und nüchtern. Er gab sich den Anschein, die verkörperte Gerechtigkeit zu sein, die nichts sieht und nur nach den formalen Gesetzesbestimmungen entscheidet. Er bemühte sich krampfhaft, einen juristischen Schuldbeweis gegen den Genossen Ledebour zu erbringen, aber seiner Begründung fehlte die innere Logik. Wie ein Mann, der dem Leben und der Welt völlig fern steht, hallten seine nüchternen Worte in den Saal. Wo die Logik nicht ausreichte, mußte er zu willkürlichen Konstruktionen greifen. Dies brachte den Genossen Ledebour wiederholt in begreifliche Erregung und veranlaßte ihn schließlich dazu, den Staatsanwalt zu unterbrechen und sich gegen die „dunklen Verdächtigungen“ zu wenden. Als der Staatsanwalt schließlich die ungeheuerliche Behauptung aufstellte, den Genossen Ledebour hätten bei seinem Plan, die Regierung zu beseitigen, nicht nur ideelle Beweggründe geleitet, er habe sicher, wie er von seinen Gegnern unter Hinweis auf den 9. November behauptete, **auch etwas ergattern wollen**, stieg bei dem Genossen Ledebour die Erregung derart, daß er mit der Faust auf den Tisch schlagend gegen diese Verdächtigungen empört protestierte.

Uns scheint, als hätten sich die Herren Staatsanwälte geflissentlich in die Fußtapfen des ehemaligen Justizministers Heine begeben. Auch Heine hat mit barer Willkür den Genossen Ledebour für alle Vorgänge im Januar persönlich verantwortlich gemacht und so in der unerhörtesten Weise die Oeffentlichkeit gegen ihn aufgeputscht.

Die Ausführungen des Herrn Staatsanwalts Gysae, gegen die sich der Genosse Ledebour mit so deutlicher Entschiedenheit wendete, waren im Grunde genommen nichts weiter als die Unterstellung einer ehrlosen Gesinnung. Ledebour hat in diesem Prozeß bisher zur Genüge bewiesen, daß ihn lediglich ideelle Gesichtspunkte bei seinem Vorgehen geleitet haben. Wenn der Herr Staatsanwalt Dr. Gysae zu behaupten wagt, er habe dabei auch persönliche Vorteile im Auge gehabt, so kann er nicht mehr verlangen, daß nach solchen gewagten Behauptungen seine Ausführungen als juristische Auslassungen gewertet werden.

Es war vorauszusehen, daß die Staatsanwälte dem Genossen Ledebour ein moralisches Revolutionsrecht nicht zubilligen würden. Die Herren, die am 9. November, wenn auch nur angeblich, die Monarchie mit beseitigen halfen, sind in den Augen der Staatsanwälte keine Hochverräter, da sie nur die äußere Form der Regierung geändert, in Wirklichkeit aber die alten Klassenverhältnisse weiter fortbestehen ließen. Sie sind also dem Staate in der Tat nicht gefährlich. Gefährlich aber sind diejenigen, die die Revolution weitertreiben, die den Klassenstaat beseitigen und die sozialistische Republik errichten wollen.

Dies hob Herr Staatsanwalt Zumbroich ausdrücklich hervor und charakterisierte damit plastischer als alles andere diesen Prozeß.

*

Zwanzigster Verhandlungstag.

Staatsanwalt Zumbroich, der als erster Anklagevertreter das Wort erhält, führt zur Begründung der Anklage folgendes aus:

Meine Herren Geschworenen! In schwerer Zeit hat die Justizverwaltung Sie diesmal hierhergerufen, um das vornehmste staatsbürgerliche Recht, die Mitwirkung bei der Rechtsprechung, auszuüben. Eine Schicksalsstunde ist für Deutschland angebrochen, wie sie wohl nie einem großen und edlen Volke bestimmt war. Von außen droht ein erbarmungsloser Feind, das Land unserer Väter völlig zu vernichten, im Innern lodern die **roten Flammen des Bürgerkrieges**. Mitten hinein in diesen Kampf von Volksgenossen gegeneinander führt uns dieser Prozeß. Ein kleiner Ausschnitt ist er aus jenem Ringen zweier Weltanschauungen, der durch die beiden Schlagworte:

Die Kommunismus — die Individualismus

hinreichend begrenzt ist. Es läßt sich bei der Verschiedenheit der politischen Anschauungen vielleicht nicht vermeiden, daß über Dinge gesprochen wird, wodurch gewisse Empfindlichkeiten verletzt werden. Seitens der Staatsanwaltschaft soll es mit derjenigen Achtung geschehen, die uns jede, auch die gegnerische Ueberzeugung, einflößt, wenn sie aus lauterem Herzen kommt. Mit aller Deutlichkeit möchte ich betonen, daß es nicht unsere Aufgabe ist, in diesem Meinungsstreit Partei zu nehmen. Politik gehört nicht in den Gerichtssaal. Die Weltgeschichte ist das Hochgericht, die auch über den Meinungsstreit unserer Tage das unerbittliche Urteil sprechen wird. Wir sind der Meinung, daß hier nicht über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der damaligen Politik ein Urteil gefällt werden kann. Wir können nicht darauf eingehen, ob die Haltung der Partei des Herrn Ledebour oder die der Mehrheitssozialisten der Revolution gegenüber die richtige war. Es interessiert uns hier nicht, wenn der Angeklagte mit verhaltenem Aerger darlegte, wie seine ehemaligen Parteifreunde sich

unter Bedienung einer Schieberpolitik

der Regierung bemächtigt haben. Politisch ist der Prozeß, da die Motive der Handlung politischer Natur sind. Ich muß mich dagegen verwahren, das Fälle, wie die angeblichen oder wirklichen Mißhandlungen der „Vorwärts“besatzung, wie der Fall Thiessenhausen, v. Tyszka usw. hineingezogen werden. Ich bin der erste, der die Entrüstung des Angeklagten über verbrecherische Absichten, ihn zu ermorden, teilt, wenn sie wirklich bestanden haben. Ich muß aber darauf hinweisen, daß alle diese Vorgänge die Folge einer Pogromstimmung sind, für die der Angeklagte mitschuldig ist. Es wird weiter behauptet, die Regierung habe die Revolutionäre zu einem für sie unbequemen Zeitpunkt zum Losschlagen veranlaßt. Nach dieser Richtung hin ist jedoch nicht der geringste Schatten eines Beweises erbracht. Die Regierung hatte zu jener Zeit kaum einen zuverlässigen Soldaten, kaum eine Kanone zur Verfügung, um dem Aufstand zu begegnen. Wenn sie damals nicht ihre Anhänger aufgerufen hätte, die sie mit ihren Leibern gedeckt haben, so wäre sie aufgeflogen. **Auch darüber, daß in den besetzten Gebäuden Regierungsspitzel tätig gewesen sind, hat die Beweisaufnahme nichts Klares ergeben.** Aber was schadet es, wenn die Regierung später in die Gebäude Spitzel hineingesetzt, um Unheil zu verhüten. Es handelt sich hier nicht um die Politik der Regierung, nicht um die politische Verantwortlichkeit des Angeklagten, sondern um die Verantwortlichkeit im Sinne des Strafprozesses.

Meine Herren, Sie haben aus der Beweisaufnahme gesehen, daß jenem Strafverfahren die blutigen Vorgänge zugrunde liegen, die man als **Spartakus-Woche bezeichnet**. Es war jene Zeit, wo **politischer Fanatismus in Verbindung mit verbrecherischem Leichtsinn** wahllos tausende und abertausende Mordwaffen verteilte, wo Mord und Raub durch die Stätten friedlicher Menschen rasten und **die Kugeln verbrecherischer Dachschützen durch die Straßen flogen**. Es war die Zeit, wo eine Handvoll politischer Idealisten in Verbindung mit revolutionären Arbeitern, denen das Wort „Diktatur des Proletariats“ die Köpfe berauschte, und das Gesindel den Verkehr lahmlegte, wo das Eigentum der Bürger

schutzlos den Einbrüchen des Verbrechergesindels

preisgegeben war. Nichts ist furchtbarer für mich und erschütternder zugleich als das Blut jener Unschuldigen, das in jenen Tagen das Pflaster rötete und das auf die zurückkommt, die alle jene Vorgänge heraufbeschworen haben. Daß der an Stelle des geistigen Kampfes ausgebrochene Kampf brutaler Gewalt solche Formen annehmen konnte, daß es möglich war, an Stelle der geistigen Waffen Handgranaten, Flinten und Maschinengewehre treten zu lassen, ist die Schuld jener, die diese Vorgänge heraufbeschworen haben. Und das ist auch Wesen und Kern der Punkte, wegen der sich der Angeklagte Ledebour zu verantworten hat.

Meine Herren, Sie sollen ein Urteil darüber fällen, ob diese Vorgänge sich in Deutschland wiederholen dürfen. Das Urteil, das Sie fällen, wird Bedeutung haben weit über den Rahmen des Prozesses hinaus, denn die Berliner Spartakuswoche ist der Beginn des Bürgerkrieges, damit begannen die Kämpfe in ganz Deutschland. Auch seit jener Zeit gibt es erst Freiwilligenregimenter in Deutschland, die als Werkzeug der Konterrevolution verdächtigt werden, deren Bildung jedoch nur ein Akt der Notwehr war gegen den Putschismus und Terrorismus der Revolutionäre. Ledebour und seine Freunde stehen auf dem Standpunkt, daß

die Absetzung Eichhorns ein Akt brutaler Gewalt

war, daß das Ministerium des Innern nicht das Recht dazu hatte. Selbst wenn das richtig wäre, war das noch immer kein Grund, einen bewaffneten Aufstand gegen die Regierung herbeizuführen. Die Absetzung Eichhorns durch das Ministerium war nach unserer Ansicht vollkommen zu Recht erfolgt. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Regierung damals den Bürgerkrieg unter allen Umständen vermeiden wollte und daher den Revolutionären entgegenkam. Hätten die damaligen Aufständischen nur diesen Grund gehabt, was hätte dann näher gelegen, als die Waffen niederzulegen, nachdem der Groß Berliner Vollzugsrat gesprochen hatte. Aus dieser Tatsache geht hervor, daß die Absetzung Eichhorns lediglich ein äußerer Vorwand war, **die tiefere Ursache dieses bewaffneten Aufstandes liegt in der Politik gewisser Parteien, die darauf gerichtet ist, die politische Revolution weiterzutreiben bis zur sozialen Revolution der deutschen Arbeiter,**

deren Krönung die Diktatur des Proletariats ist

und die ausmünden soll in der Weltrevolution. Das ist die Politik, der auch der Angeklagte Ledebour anhängt. Die Volksbeauftragten der Regierung sind bei jeder Gelegenheit als Verräter an der Revolution, als Bluthunde usw. bezeichnet worden. In dieser Atmosphäre der Gewalt bedurfte es nur eines Funkens, um die Explosion zum Ausbruch zu bringen.

Die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Angeklagten sehe ich in seiner **Rede am Alexanderplatz** und in seiner **Tätigkeit im Revolutionsausschuß**. Ledebour sagt selbst, daß er die Regierung heftig angegriffen, die Absetzung Eichhorns als einen Willkürakt bezeichnet und die Regierung als unfähig bezeichnet habe, die revolutionäre Entwicklung weiter zu treiben. Diese Rede mußte auf die bereits in maßloser Erregung befindlichen Massen wirken wie Oel, das man ins Feuer gießt. Daß Ledebour später gesagt haben soll, der Moment zur Machtergreifung sei noch nicht gekommen, kann nicht von Einfluß auf die Massen sein. Ich bin der Ueberzeugung, daß die Massen nicht spontan zur Besetzung der Zeitungen geschritten sind, **denn die Masse ist ein dumpfes und stumpfes Gebilde, das erst zum Leben erwacht, wenn der überragende Geist einer Persönlichkeit es aufweckt.** Eine Persönlichkeit von ungeheuren Ausmaßen ist allerdings der Angeklagte Ledebour. Ich erinnere an sein Auftreten hier vor Gericht, wo er

die ganze Wucht seiner Persönlichkeit

hinter seine Worte setzt. Ich bin der Ansicht, daß all dies wenig zu bedeuten hat gegenüber seiner Mitgliedschaft beim Revolutionsausschuß. Dieser hat sich allerdings erst gebildet, als die Ereignisse im Lauf waren. Wenn er auch die Besetzung der Zeitungen nicht selbst in die Wege geleitet hat, so hat er doch diese als geeignetes Werkzeug benutzt, um die damalige Regierung zu stürzen. Man ist auf die einzige Bedingung der Regierung, die Räumung der besetzten Gebäude, nicht eingegangen, weil das nach Ansicht Ledebours einer völligen Kapitulation gleichkäme.

Meine Herren, **unter den Augen des Angeklagten Ledebour sind im Marstall und Polizeipräsidium Waffen verteilt worden;** daß er selbst daran beteiligt war, ist nicht festgestellt und wird auch von uns nicht aufrecht erhalten. Aber daß die Waffenverteilung mit Wissen und Willen des Angeklagten geschah, ist einwandfrei festgestellt. Die Verhandlungen, an denen Ledebour beteiligt war, können nicht in dem Sinne ausgelegt werden, als sei er mit den Vorgängen nicht einverstanden gewesen; die Verhandlungen sind erst gekommen, als feststand, daß der bewaffnete Aufstand zum völligen Scheitern verurteilt war. Die drei großen Fehlposten der Revolutionäre waren: **Der Irrtum über die Stellung der Volksmarine-Division, der Irrtum über die Stellung der Berliner Regimenter und der Irrtum über die Hilfe aus Spandau.**

Meine Herren! Der Angeklagte Ledebour hat in seinen Ausführungen eine Parallele gezogen zwischen dem 9. November und den Vorgängen in der Spartakuswoche. Wenn jedoch Revolutionen nicht gemacht werden können, dann ist das, was sich am 9. November abgespielt hat, eine Revolution gewesen, wo sich eine Umwälzung ohne Flintenschuß vollzog, gegen die es einen Widerspruch nicht zu geben schien. Gemacht aber werden Putsche, und ein Putsch war das, was sich in den Januartagen hier abgespielt hat. An den Vorgängen war nicht der zehnte Teil der Berliner Bevölkerung beteiligt.

Der

Haftentlassungsantrag Ledebour

war ein Versuch, auf die Entschlüsse des Gerichts einen Druck auszuüben. Ein Eingehen auf solche Anträge würde die Justiz herabwürdigen. Ich möchte die Entrüstung sehen, wenn der Bürgerrat Groß-Berlin sich in einem dem Angeklagten Ledebour ungünstigen Sinne in diesem Prozeß eingemischt hätte. Ich will nicht reden von den Drohbriefen, die der Staatsanwaltschaft und auch den Herren Geschworenen zugegangen sind. Es wurde kürzlich in einem Blatt von dem vollständigen Niederbruch der Anklage gegen Ledebour gefaselt. Davon kann selbstverständlich keine Rede sein. **In den verflossenen 6 Monaten sind Hunderte und Aberhunderte von jenen Mitleitern vor Gericht gestellt worden, die das ausgeführt haben, was Ledebour damals proklamiert hat.** Es sind Hunderte von Leuten verurteilt worden, die bei der Besetzung der Gebäude mitgewirkt haben. Daher kann nicht der intellektuelle Urheber freigelassen werden.

Der Angeklagte Ledebour hat **in den Reihen der Arbeiter einen guten Namen**, er hat im Dienste eines politischen Prinzips gestanden, das er mit Fähigkeit und Treue und dem ihm eigenen Temperament verteidigt. Meine Herren, alles das müssen Sie bei Beurteilung der Anklage berücksichtigen. Es sind Momente, die für ihn sprechen. Ich habe die Ueberzeugung, daß Sie ein Urteil fällen werden, das auch dem Angeklagten Ledebour die Ueberzeugung abgewinnen wird, daß er von Ihnen gerecht beurteilt und verurteilt wird und das auch von allen Kreisen des deutschen Volkes verstanden wird.

Nach diesen Ausführungen erhält Staatsanwalt Dr. Gysae das Wort. Er erklärt folgendes:

Meine Herren Geschworenen! Gerade heute sind es fünf Jahre, daß ich meinen Beruf verließ, um in den Weltkrieg zu ziehen. In den ungeheuren Geschehnissen dieser Jahre haben wir das Reden verlernt. Ich erbitte daher Ihre Nachsicht. Als wir zurückkamen, fanden wir die Heimat im ersten Bürgerkrieg. Die Ereignisse, die in diesen Wochen Gegenstand der Verhandlung waren, waren gerade im Gange. Man hat damals einen Maßstab für die Eindrücke der Truppen finden können, die zur Bekämpfung des Aufstandes eingesetzt werden mußten. Man wollte vermeiden wissen, das in Deutschland zu erleben, was man auf den Kriegsschauplätzen gesehen hatte. Die moralische Schuld des Angeklagten wird von ihm nicht in Abrede gestellt. Er hat in seinen Erklärungen weit ausgeholt. Ich habe **mit innerstem Entsetzen gehört, daß er sein deutsches Empfinden zu unterstreichen für richtig fand,** daß er zu denen gehört hat, die schon 1916, 17 und 18 durch die großen Munitionsarbeiterstreiks

Deutschlands Heer in den Rücken fielen.

Alle politischen Erwägungen müssen wir an der Schwelle des Gerichtssaales, wo das Urteil gefällt werden soll, beiseite lassen. Die „Post“ hat beanstandet, daß dem Angeklagten Ledebour zu viel Freiheit gelassen wird. Es ist sicher mit Ihrer Zustimmung geschehen, wenn dem alten Parlamentarier ein anderer Spielraum gelassen wird, als es sonst üblich ist. **Die Anklage ist nach Gesetz und Recht, nicht auf Anweisung von haßerfüllten Parteigegnern erhoben worden.** Es ist unbestreitbar, daß die Verfassung des Deutschen Reiches am 9. November untergegangen ist. Jetzt gibt es eine geordnete Verfassung durch die Nationalversammlung. In der Aufregung der allerersten Tage ist wohl manchem der Gedanke aufgetaucht, daß alle gesetzliche Bindung, aller gesetzliche Zwang vorüber sei. Dagegen hat die damalige Regierung entschieden Stellung genommen. Herr Ledebour beruft sich für seine Handlungen auf das **moralische Recht der Revolution.** Ein solches Recht mag es geben für ein Volk, aber nicht für den einzelnen. Wer an die Macht gekommen ist, der kann sich die Macht nicht streitig machen lassen. Ein moralisches Revolutionsrecht, das jederzeit gegen die jeweils bestehende Macht geltend gemacht werden könnte, kann nicht anerkannt werden. Es ist hier angeführt worden, die Strafgesetze gelten zwar im allgemeinen, aber die auf politische Straftaten bezüglichen Paragraphen hätten keine Gültigkeit mehr, denn sie dienten dem Schutz des monarchischen und des kapitalistischen Staates. Das trifft nicht zu. Die betreffenden Paragraphen dienen

dem Schutz der Staatsordnung.

Die Revolutionsregierung hat das auch nicht verkannt. Sie hat durch Verordnung eine Reihe von Gesetzen aufgehoben, den Belagerungszustand, die Gesindeordnung usw., aber im übrigen hat die damalige paritätische Regierung anerkannt, daß die nicht ausdrücklich aufgehobenen Gesetze nur im Wege der Gesetzgebung aufgehoben werden können. Es unterliegt hiernach keinem Zweifel, daß die für diesen Prozeß in Frage kommenden Bestimmungen des Strafrechts immer noch absolute Geltung haben.

Der Staatsanwalt erklärt sodann, daß die Anklage wegen Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz fallen gelassen werden mußte, da eine Verwendung von Handgranaten in der Beweisaufnahme nicht nachgewiesen sei. Bezüglich der

Bildung eines bewaffneten Haufens

erklärt er, daß diese nur strafbar sei, wenn sie unbefugt geschehe. Ein Polizeipräsident sei aber nicht befugt, Truppen gegen die Regierung zu bewaffnen. Bei der Anklage wegen Aufruhr handele es sich darum, daß Beamte zum Verlassen der Arbeitsräume genötigt worden seien. Dem Angeklagten werde zur Last gelegt, als Rädelsführer gehandelt zu haben. Die Strafvollstreckung setze voraus, daß sich Ledebour an den Zusammenrottungen beteiligt habe. Die Darstellungen Ledebours seien **als die Ausführung eines im höchsten Maße Beteiligten zu verwerten,** nicht aber als historische Geschichte zu betrachten. Ebenso sei es mit den Aussagen des Zeugen Dittmann, da auch er an den Vorgängen beteiligt war. Bezüglich der **Mißhandlungen nach der Erstürmung des „Vorwärts“-Gebäudes** sei ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß eingesetzt, diese Angelegenheit gehöre nicht in den Rahmen des Prozesses. Ebenso sei es mit den Vorgängen bei der Verhaftung des Angeklagten Ledebour. Die Aussage des Zeugen von Tyszka sei für das Gericht belanglos. Wichtiger sei das Zeugnis des Herrn Dr. Meyer und die eigenen Angaben des Angeklagten darüber. Daß Fischer sie bei Befreiungsversuchen mit Erschießung bedroht habe, lasse sich aus der Erregung der damaligen Zeit begreifen. Der Angeklagte habe nichts mit Gewalttätigkeiten und Plünderungen zu tun gehabt, sich auch nicht an Zusammenrottungen von Menschen beteiligt die strafbare Handlungen begangen hätten.

Der Staatsanwalt kommt dann auf die

Waffenverteilung im Polizeipräsidium

und auf die Besetzung der einzelnen Zeitungen und übrigen Gebäude zurück und erklärt, daß die Besetzung durch Anwendung von Gewalt vorgenommen sei. **Mit der Besetzung der Zeitungen sei die Knebelung der Pressefreiheit durchgeführt worden.**

Es tritt nunmehr die Mittagspause ein. Nach dieser setzt Staatsanwalt Dr. Gysae seine Ausführungen fort. In bezug auf **die Vorgänge vom 5. und 6. Januar legt er dar, daß die Rede**

Ledebours den Anfang gebildet hätte. Vom Alexanderplatz aus seien die Massen zur Besetzung der Zeitungen geschritten. Der Zeuge Haack habe die Nachricht von der Besetzung in die Sitzung der Revolutionäre gebracht, wo man zwar sehr erstaunt war, aber nichts unternommen habe, um die Besetzung rückgängig zu machen. Man habe sich im Gegenteil der Marine-Division und der Berliner Regimenter zu versichern gesucht, um die Besetzung aufrechtzuerhalten und die Regierung zu stürzen. Die Vorgänge im Marstall hätte dem Angeklagten nicht entgehen können. (Ledebour ruft dazwischen: Was denn? Sie müssen sich deutlicher ausdrücken.) Als der Staatsanwalt erklärt, er müsse die Beweisaufnahme gesehen habe, ruft Ledebour in höchster Erregung:

Das ist nicht wahr, das hat die Beweisaufnahme nicht ergeben.

Der Vorsitzende droht bei erneuten Zwischenrufen mit dem Abbruch der Verhandlung.

Staatsanw. Gyssae erklärt, daß die Geschworenen Ledebour wegen seiner Tätigkeit bei den Vorbereitungen am 5. Januar schuldig sprechen müßten, da er trotz anfänglichen Sträubens mit jugendlicher Frische in die Arbeiten des Revolutionsausschusses hineingesprungen sei. Die Besetzung der Zeitungen sei organisiert worden. Ausführlich bespricht er dann die Verhandlungen zwischen den Revolutionären und den Regierungsvertretern, die durch die äußerst schroffen Bedingungen der Revolutionäre, welche die Absetzung der Regierung verlangten, abgebrochen wurden. Er führt wörtlich aus:

Meine Herren Geschworenen, Sie werden sicher mit mir in der Frage übereinstimmen, daß der Angeklagte sich der zusammengerotteten Menge als Rädelsführer hinzugesellte, um die Regierung zu stürzen. Sie werden die Fragen wegen Bildung eines bewaffneten Haufens, wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs zu bejahen haben. Die Frage 6 lautet auf mildernde Umstände. Die Entscheidung darüber ist nicht leicht. Hätten die Vorgänge sich in ruhigen Zeiten abgespielt, so hätte sicher niemand mildernde Umstände finden können. Aber auch hier kann ich nicht nur ideale Umstände gelten lassen. Bei einem Kampf um die Macht handelt es sich um Machtfragen. Ledebour hat von der Gegenpartei zu ihrem Verhalten am 9. November selbst gesagt: Wo es etwas zu ergattern gibt, sind sie alle erschienen. Auch für Ledebour seien ähnliche Motive maßgebend gewesen.

Ledebour: Ich habe damals abgelehnt, in die Regierung einzutreten,

das sind unerhörte Fälschungen!

Wieder erfolgt eine Zurechtweisung des Vorsitzenden, worauf der Staatsanwalt noch erklärt, daß man sich als Jurist daran erinnern müsse, daß damals keine konsolidierten Rechtsverhältnisse bestanden hätten. Bezüglich der Beweggründe zu seinen Taten sei dem Angeklagten schon in der Beweisaufnahme der gute Glauben zugebilligt. All das führe zu dem Antrag, die Frage nach mildernden Umständen zu bejahen.

Fortsetzung der Verhandlung Donnerstag früh 9 Uhr.

Vollversammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins.

Einstimmige Ablehnung des Gesetzentwurfs für die Betriebsräte.

Gestern nahmen die Arbeiterräte Groß-Berlins zu dem Gesetzentwurf über die Betriebsräte Stellung. Vorerst wurde ein von den Zivilmusikern gestellter Antrag, der zur Meldung von Lokalen in denen Musikkapellen der Freiwilligen-Verbände spielen auffordert, angenommen. Dann führte Genosse Molkenbuhr (U. S. P. D.) zu Tagesordnung etwa aus: Nahm die Regierung Ebert-Scheidemann zu Anfang der Revolution noch eine schwankende Haltung ein, so habe sie sich inzwischen zu einer zuverlässigen Sachwalterin des Kapitalismus entwickelt. In der Arbeitsgemeinschaft, die die Kapitalisten mit den Gewerkschaftsführern im November eingegangen sind, glaube sie ein Mittel gefunden zu haben, die Sozialisierung verhindern zu können. Seitdem sei es klar, daß das Kabinett, wie es am 25. Februar offen ausgesprochen habe, gar nicht daran denke, die Arbeiterräte gesetzlich festzulegen. Nach dem anfangs Juni bekannt gewordenen Entwurf seien die Betriebsräte nur noch als Ausschußmitglieder zu betrachten, deren Zahl 3 bis 25 betragen soll und nur mit Genehmigung des Arbeitgebers in ganz großen Betrieben bis auf 40 erhöht werden darf. Ueberhaupt sei in der ganzen Vorlage nur immer von der Zustimmung des Unternehmers die Rede. Der Betriebsausschuß sei sogar zum Stillschweigen verpflichtet. Ihn durch die Arbeiterschaft abzuberufen, sei ungeheuer erschwert, ¾ Stimmen aller Beschäftigten seien erforderlich. Dagegen könne der Arbeitgeber die Abberufung jederzeit beim Schlichtungsausschuß beantragen. Das Einspruchsrecht der Arbeiter bei Einstellung und Entlassung sei ungeheuer beschränkt. Entlassungen bleiben trotz Einspruchs des Betriebsrates fortbestehen. Auch die in den Wirtschaftsverbänden hinzutretenden Vertreter der Verbraucher und des Handels sind Angehörige einer kapitalistischen Interessentenclique. Da es den Schöpfern dieses Gesetzes sicher bewußt sei, daß ihr Machwerk nur zu einer ungeheuren Beunruhigung der Arbeiterschaft und letzten Endes zur Katastrophe führen müsse, wollen sie den Arbeitsfrieden durch eine „Zuchthausvorlage" sichern.

Das Streikrecht ist illusorisch gemacht.

Die Absicht des Streiks darf erst den Behörden mitgeteilt werden, wenn die Unterschriften von ⅘ aller Beschäftigten vorliegen. Ein Streik darf nur mit mindestens ⅘ aller Stimmen in geheimer Abstimmung beschlossen werden und dann erst darf nach Ablauf einer Woche die Arbeit niedergelegt werden, aber Verstöße der Arbeiter werden mit 1 Jahr Gefängnis bestraft. Die der Unternehmer aber mit Geldstrafe. Das ist die deutsche sozialistische Republik!

Die Arbeiterschaft wird auf ein von den Interessen des Kapitalismus diktiertes Gesetz pfeifen und sich aus eigener Macht heraus eine Räteorganisation schaffen, wie die Arbeiterschaft sie braucht. (Großer Beifall.)

Büchel (S. P. D.) meint: Die Vorlage sei ja nur als Ausgangspunkt von Besprechungen gedacht. Auch die S. P. D. stehe auf dem Standpunkt, daß das Gesetz unannehmbar sei. Auch die Rechtssozialisten seien jetzt der Auffassung, daß nur eine rein sozialistische Regierung Rettung bringen könne, aber die U. S. P. D. habe ja jede Mitwirkung abgelehnt und sei mithin der allein Schuldige an dieser Gesetzesvorlage (Großer Widerspruch und allgemeines Lachen.) Redner ruft schließlich zur Einigung des Proletariats auf dem Boden eines festen wirtschaftlichen Programms. (Zuruf: Auf dem Boden des Sozialismus) und auf dem Boden des Erfurter Programms auf. (Zuruf: Lebinski) Die Verhältnisse drängen jetzt zum Sozialismus. (Zuruf: Erst jetzt!)

Nasch (K. P. D.) sagte: Durch dieses Gesetz, das eine Verhöhnung der ganzen Arbeiterschaft bedeute, wolle man die Arbeiterschaft zur Rettung des Kapitalismus benutzen. Der Entwurf bedeutet die Abwürgung der Arbeiterräte. Die Regierung stehe am Ende ihres Lateins; wozu noch um Paragraphen streiten, wo der Sturz der kapitalistischen Herrschaft nahe bevorsteht! Die Einigung des Proletariats werde durch die Noskegarden herbeigeführt werden, das wird die S. P. D. bald am eigenen Leibe spüren. (Starker Beifall.) Die Ausführungen des Demokraten Dr. Kaplan, der das Gesetz als eine

Herausforderung der Arbeiterschaft

bezeichnet, übertrafen an Schärfe gegen die Regierungspolitik alle Vorredner. Es sei kein Zweifel, daß seit dem 9. November ein vollständig reaktionärer Kurs gesteuert werde. Mit solchen Gesetzen erreicht die Regierung tatsächlich die Einigung des Proletariats. (Stürmischer Beifall.) Marx (U. S. P.) bemerkte noch, der einzige gute Gedanke der Vorlage sei, die Beseitigung des Trennungsstriches zwischen Arbeiter und Angestellten. Nach einer Erklärung des Demokraten Fischer, der im Auftrage der Beamtenvereinigung Berlins gegen die Nichtberücksichtigung der Beamten protestierte und die Vorlage ablehnte, wird auf Antrag Krefs (U. S. P.) die Diskussion geschlossen und die Ablehnung des Gesetzentwurfes einstimmig beschlossen.

Der Vorsitzende Brelat gab zum Schluß ein Schreiben des Zentralrates bekannt, das zur Beschickung einer vom Reichswirtschaftsamt einberufenen Konferenz zwecks Besprechung der Gesetzesvorlage ersucht.

Preußische Landesversammlung.

Die Debatte über die Lebensmittelversorgung und das Wirtschaftsleben wurde in der gestrigen Sitzung fortgesetzt. Der Abg. Herbert (Soz.) wandte sich gegen die hohen Preise, die für Bekleidungsstücke verlangt werden. Der Schleichhandel stehe auf diesem Gebiete in vollster Blüte und durch Schiebungen würden heute noch Millionen verdient. Weiter kam er auf die Tätigkeit des Landbundes zu sprechen, der auch in Pommern mit Unterstützung der Landräte seine Tätigkeit ausübe, die auf eine politische Umwälzung hinziele. In streng vertraulichen Schreiben unterhielten sich die Landbündler über den Gebrauch und die Beschaffung von Spaten, meinen aber damit nichts weiter als Handgranaten.

Unterstaatssekretär Göhre führte aus, daß das Beispiel mit den Eiern gezeigt habe, daß eine Aufhebung der Zwangswirtschaft zu Preisen führen würde, die für die unbemittelte Bevölkerung unerschwinglich wären. Die Schleichhandelspreise müßten herabgesetzt werden, eine schärfere Kontrolle der Erzeuger müßte einsetzen und schließlich müsse auch dem Schleichhandel durch gesetzliche Anordnungen schärfer zu Leibe gegangen werden. Herr Göhre befaßte sich dann noch mit den Lohnforderungen der Eisenbahnarbeiter und wandte sich bei dieser Gelegenheit gegen die fortgesetzten Streiks.

Der Abg. Mehlhoff (U. S. P.) wandte sich gegen die ungeheuerliche Behauptung des Abgeordneten Richtarsky, daß 90 Prozent der Arbeiterräte Schleichhandel trieben. Er trat für Beibehaltung der Zwangswirtschaft ein und betonte, daß die Anmaßungen der Landbündler und Agrarier auch für die zielbewußte Arbeiterschaft ein Ansporn sein müßte, den gordischen Knoten endlich zu lösen. Die einzige Rettung aus den heutigen Zuständen sei die Sozialisierung und Kommunalisierung. Es sei unerhört, in der Zeit des schamlosesten Wuchers den freien Handel wieder zulassen zu wollen.

Die agrarischen Redner leisteten sich die wütendsten Ausfälle gegen die sozialistische Arbeiterschaft. Durch die von der Regierung herbeigeführte Bewaffnung der Agrarier ist diesen mächtig der Kamm geschwollen und sie fühlen ihre Position von Tag zu Tag stärker werden. — Der Antrag der Unabhängigen auf Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Eier wurde schließlich, den Wünschen der Agrarier gemäß, abgelehnt, der Antrag auf staatliche Regelung des Bekleidungswesens angenommen.

*

Der „Vorwärts" versteigt sich in seiner gestrigen Abendausgabe zu der Behauptung, der Abgeordnete Herbert (Soz.) habe in der Landesversammlung aufsehenerregende Enthüllungen über das Treiben des Landbundes, der unter dem Schein wirtschaftlicher Bestrebungen die Gegenrevolution auf dem Lande organisiere", und sich dabei der Waffen bedienen wolle, gemacht. Von „Enthüllungen" kann hierbei gar keine Rede sein. Die Bewaffnung der Agrarier ist durch ein Rundschreiben an die Land- und Regierungsräte vom Preußischen Minister des Innern schon vor vielen Wochen angeordnet worden. Wir haben die Oeffentlichkeit seiner Zeit sofort von dieser Ungeheuerlichkei in Kenntnis gesetzt, der „Vorwärts" aber fand nicht den Mut, dagegen zu protestieren, vielmehr benutzte er die willkommene Gelegenheit, von einer Hetze der „Freiheit" zu reden und die Maßnahme der Regierung in Schutz zu nehmen. Wenn jetzt die Landbündler die ihnen von der Regierung gelieferten Waffen gegebenenfalls gegen diese selbst in Anwendung bringen wollen, so trägt die Regierung die alleinige Schuld daran und der „Vorwärts" hat keinen Grund, sich darüber zu empören. Er hätte seinen Protest ertönen lassen müssen, als es noch Zeit war, der Bewaffnung Einhalt zu bieten.

Die Landbündler erklären jetzt ganz offen, daß sie mit den ihnen von der Regierung gelieferten Waffen sich zur Wehr setzen wollen, wenn die Preise für agrarische Produkte nicht erhöht werden. Sie wollen dann die Lieferungen einstellen und sich mit bewaffneter Macht widersetzen, „wenn die ausgehungerten Städter sich etwas holen wollen". So rächt sich die Bewaffnung der Bourgeoisie und der ländlichen Reaktionäre!

Aus der Partei.

Unsere Agitationserfolge in der Provinz Brandenburg.

Im Monat Mai und Anfang Juni veranstaltete Genosse Ruppert als Mitglied der Agitationskommission des 4. Kreises eine großzügige und erfolgreiche Agitation in der Provinz Brandenburg. Außer kleinen Zusammenkünften, fanden Versammlungen, die sämtlich überfüllt waren, statt in Landsberg a. W., Berlinchen, Vietz, Bernstein, Soldin, Sonnenburg, Görlitz, Güstebiese, Bärwalde, Lippehne, Seidlitz, Küstrin und in Landsberg. Obwohl die Regierungssozialisten alles versuchten, ihre Mitglieder zu halten, traten große Scharen und selbst ganze Ortsgruppen der S. P. D. zur U. S. P. D. über. In einer Reihe von Ortschaften wurden Ortsvereine der U. S. P. D. errichtet. Das Verlangen nach Referenten der U. S. P. D. ist so groß, daß es unmöglich immer erfüllt werden kann. Ueberall haben die Arbeiter die Auffassung gewonnen, daß sie Jahre lang von den Rechtssozialisten belogen und betrogen worden sind. Die Bewegung der U. S. P. D. geht auch in der Provinz Brandenburg mit Riesenschritten vorwärts.

Gegen die Politik auf eigene Faust.

In der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins (U. S. P.) für Halle und den Saalekreis konnte über ein sehr günstiges Fortschreiten der Bewegung berichtet werden. Am 1. April 1914 zählte die Organisation 8430 Mitglieder, am 31. März 1919 dagegen waren 12 500 organisierte Parteigenossen im Kreis. Die Rechtssozialisten spielen eine ganz untergeordnete Rolle. Außerordentlich günstige Erfolge sind bei allen Wahlen erzielt worden. Eine glänzende Entwicklung hat unser Parteiblatt, das „Hallesche Volksblatt", genommen, die Abonnentenzahl ist von etwa 27 000 auf über 60 000 gestiegen.

In der Aussprache über den Bericht wurde das Auftreten von Emil Barth scharf verurteilt. Die Erklärung des Parteivorstandes sei nicht so gehalten, daß man sagen könne, solche Leute seien für immer von uns abgeschüttelt. Es wurde schließlich einstimmig eine Resolution angenommen, die es eine Politik auf eigene Hand nennt, daß führende Parteigenossen sich auf dem Einigungskongreß mit Führern der Regierungssozialisten an einen Tisch setzen, und die das Verhandeln mit den Führern der Noskegarden aufs schärfste mißbilligt. Für den Fall, daß der Parteivorstand nicht mit noch größerer Ungewöhnlichkeit als bisher vor Barth und Genossen abrückt, wollen sich die Halleschen Parteigenossen alle weiteren Schritte vorbehalten.

Massenflucht aus der S. P. D.

In Scharen verlassen auch außerhalb Bayerns die Arbeiter die S. P. D. Der Wahlverein der S. P. D. von Eggendorf (Kreis Niederbarnim) hat bereits mit überwältigender Majorität den Uebertritt zur U. S. P. D. beschlossen. Nur zwei Zettel wurden bei der geheim vorgenommenen Abstimmung für das Verbleiben in der S. P. D. abgegeben. Das ist der Anfang. Weitere Vereine werden folgen. So hat der Weimarer Parteitag die Einigung des Proletariats wesentlich gefördert.

*

Potsdam. Nach einem Vortrag des Genossen Staab-Potsdam trat der bisher auf dem Boden der Mehrheit stehende Wahlverein in Eiche bei Potsdam geschlossen zur U. S. P. über. Desgleichen haben sich in Geltow und Golm nach Vorträgen des Genossen Staab neue Ortsgruppen unserer Partei gebildet.

11. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

In der Weiterführung der Diskussion über den Vorstandsbericht vom Mittwoch erklärte sich Swinkowski-Berlin (Beisitzer im Verbandsvorstand) für Beschlüsse des Vorstandes, an denen er mitwirkte, verantwortlich. Der Ruf nach mehr Toleranz müsse aber ebenso nach der rechten Seite gerichtet werden.

Die Debatte wurde nun geschlossen. Siegle-Berlin faßte in seinem Schlußwort noch einmal alle Gründe der Opposition zusammen. Er schilderte ausführlich das Zustandekommen der Arbeitsgemeinschaft, die ausdrücklich als Rettung der Industrie vor der drohenden Sozialisierung gedacht war. Die Gewerkschaftsführer hätten dies Vorhaben unterstützt. Er erhob gegen Leipart den Vorwurf, daß dieser gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes gestimmt habe. Wenn wir uns darauf beschränken wollten, daß lediglich die Verbandsgeschäfte gut geführt werden, dann könnten wir uns auch einen bürgerlichen Beamten nehmen. Stellen sich die Gewerkschaften wieder auf den Boden des Klassenkampfes, so können und wollen wir auch gemeinsam arbeiten. Bringen Sie das zum Ausdruck, indem sie unsere Resolution annehmen. (Lebh. Beifall bei einem Teil der Delegierten.)

Kayser rechtfertigte in seinem Schlußwort nochmals die Haltung des Verbandsorgans während des Krieges.

Leipart sagte in seinem Schlußwort, daß man nun drei Tage ununterbrochen über den Krieg gesprochen habe, kein Diskussionsredner aber ein Wort über den Frieden gefunden habe, den wir doch nun bis Sonnabend haben wollen. Wir richten einen Gruß an die Kollegen in den besetzten Gebieten, die nicht am Verbandstag teilnehmen können. Wir drücken unseren Abscheu und unseren heiligen Protest aus gegen die Vergewaltigung unserer deutschen Brüder in den Ostprovinzen. Leipart wies den Vorwurf des Kollegen Siegle zurück, daß er gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes gestimmt hätte. Ebenso verteidigt er sich unter großer innerer Erregung gegen die Ansicht Siegles, daß jeder Bürgerliche auch die Verbandsgeschäfte führen könne, wenn er nur die formale Tüchtigkeit mitbringe. Der Redner bespricht eingehend die Entstehung der Arbeitsgemeinschaft und seine Mitwirkung dabei und versucht damit den Einwand zu widerlegen, daß an ihm die Revolution spurlos vorübergegangen sei. Der Vorstand bedauert die Vorgänge in Leipzig, Bremen und Berlin, und fordert, daß die völlige politische und religiöse Neutralität für die Mitglieder gewährleistet wird. Leipart wendet sich gegen die Resolution Siegle und verwahrt sich energisch dagegen, daß die Organisation den Boden des Klassenkampfes verlassen habe. Er endigt seine Ausführungen unter dem lebhaften Beifall des Verbandstages.

Es folgt nunmehr die namentliche Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen. Die Resolution der Statutenberatungskommission stellt fest, daß der Verbandsvorstand seine gewerkschaftliche Aufgabe während der schweren Kriegszeit in vollem Umfang erfüllt hat. Ebenso wird die Haltung der „Holzarbeiterzeitung" gebilligt und die Errichtung der Arbeitsgemeinschaft als gradlinige Fortsetzung der bewährten Vertragspolitik angesprochen. Der Verbandstag bedauert die Zersplitterung der Arbeiterschaft, protestiert gegen die parteipolitischen Streitigkeiten innerhalb des Verbandes und verlangt politische Duldsamkeit für alle Mitglieder.

Die Resolution Siegle verurteilt aufs schärfste die Haltung des Verbandsvorstandes und des Verbandsorgans während der Kriegszeit, welche die arbeiterfeindliche Kriegspolitik nicht nur gebilligt, sondern sie sogar in Wort und Schrift gefördert haben.

In der Abstimmung wurde die Resolution der Kommission mit 97 gegen 56 Stimmen angenommen, die Resolution Siegle mit 106 gegen 48 Stimmen abgelehnt. Damit waren alle Anträge der Opposition in bezug auf den Vorstand erledigt.

Angenommen wurden weiter mit großer Majorität die Anträge Dresden und München, welche die Zersplitterung bedauern und zur Wiedervereinigung auffordern.

Darauf gibt König den Kassenbericht.

Aus dem Bericht der Revisionskommission ist erwähnenswert, daß der Vorstand keine Kriegsanleihe gezeichnet hat.

Tarnow-Berlin referiert nun über „Neue Aufgaben des Verbandes in der neuen Zeit". Seine Ausführungen sind niedergelegt in einer umfangreichen Resolution, die wir im Auszug wiedergeben:

1. Der Verbandstag begrüßt die Revolution als die Befreiung der Arbeiter aus den Fesseln der kapitalistischen Ausbeutung und erklärt die Bereitwilligkeit des Vorstandes, bei der Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Sinne der sozialistischen Gemeinwirtschaft. Die Revolution hat die alten Aufgaben des Verbandes nicht überflüssig gemacht. Einen gesetzlichen Organisationszwang lehnt der Verbandstag ab, ebenso den Gedanken einer politisch-gewerkschaftlichen Einheitsorganisation.

2. Der Verbandstag unterstützt die Forderung nach Betriebsarbeiterräten und erklärt sie für seine eigenen in dem Sinne, daß die Betriebsräte die erweiterten Aufgaben der Arbeiterausschüsse übernehmen und in engster Gemeinschaft mit den Gewerkschaften in den Betrieben wirken. Zur Einführung und Leitung der Gemeinwirtschaft müssen Körperschaften (Wirtschaftskammern) gebildet werden, in denen die Arbeiter eine ihrer Bedeutung im Wirtschaftsleben entsprechende Stellung einnehmen. Der Verbandstag bringt zum Ausdruck, daß auch in der Holzindustrie Sozialisierungsmöglichkeiten vorhanden sind, die sofort in Angriff genommen werden können.

3. Zur Einführung der Sozialisierung der Holzindustrie fordert der Verbandstag von der Regierung und Gesetzgebung die Errichtung von Wirtschaftskammern für die Holzindustrie und jedes holzverarbeitende Gewerbe, die Enteignung aller über 10 Hektar großen Privatforsten, die Bewirtschaftung des Nutzholzes durch die Wirtschaftskammern, die Umwandlung des privaten Holzhandels in gemeinschaftliche Holzversorgungsstellen und die öffentliche Bewirtschaftung aller andern in der Holzindustrie verwendeten wichtigen Rohstoffe.

Gewerkschaftliches.

Die Konferenz der Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Vom 16. bis 18. Juni tagte die Konferenz der Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart, wo die Situation im Verbande beraten wurde. Der Vorstand hatte die Konferenz einberufen, da überall Maßregelungen und Kündigungen von Beamten und Angestellten angeblich aus politischen Gründen vorgenommen werden. Der Vorsitzende Reichel erstattete Bericht, ging aber vorwiegend auf die Kriegspolitik der Gewerkschaften ein, während die Wirtschaftspolitik und die Arbeitsgemeinschaften nur wenig berührt wurden. In der Diskussion wurde Müller-Berlin unbeschränkte Redezeit bewilligt. Er wies zunächst die Ausführungen des Kollegen Reichel über die Kriegspolitik des Vorstandes zur Generalkommission zurück und ging dann in zweistündigen Ausführungen auf Wirtschaftspolitik und die Arbeitsgemeinschaften sowie auf das Programm ein. Dann folgte Diskussion. Alle Vertreter der Grundmeinung beschäftigten sich mit den Ausführungen des Kollegen Müller über die Kriegspolitik. Kein einziger erwähnte Wirtschaftspolitik und die sonstigen Tagesfragen. Von den Vertretern der Opposition wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß notwendig sei, den Vorstand wegen seiner gegenwärtigen Wirtschaftspolitik zur Rechenschaft zu ziehen.

Am dritten Tage wurde ein Antrag gestellt, nun endlich über Wirtschaftspolitik zu sprechen. Dieser Antrag fand kein Gehör. Während der Debatte geißelte Kollege Müller das Verhalten der Diskussionsredner, die sich zur Ansicht des Vorstandes bekennen, weil sie mit keinem Wort auf die zweistündigen Ausführungen des Kollegen Müller über die Wirtschaftspolitik eingegangen waren. Kollege Reichel versuchte in seinem Schlußwort sowohl die Kriegspolitik des Vorstandes zu rechtfertigen, konnte aber nicht ausführlicher auf die gegenwärtige Wirtschaftspolitik des Vorstandes eingehen. Der Vorstand hatte der Konferenz Richtlinien vorgelegt über die künftige Handhabung der Wahlen von Beamten der Organisation. Er wollte über diese Richtlinien abstimmen lassen. Dagegen wurde von der Opposition der schärfste Widerspruch erhoben. Die Opposition sprach Konferenz das Recht ab, irgendwelche Beschlüsse zu fassen. Infolgedessen wurde von einer Abstimmung Abstand genommen.

Bewegung der Bankbeamten.

Eine Massenversammlung der Bankbeamten mit etwa 4000 Teilnehmern nahm am Dienstag den Bericht über den Verlauf der Verhandlungen mit den Bankleitungen entgegen. Emonts und Wissert referierten. Die Vertreter der Banken hätten allen Forderungen der Angestellten gegenüber sich ablehnend verhalten. Am 1. Juni käme die Frage des Tarifabschlusses vor ein Schiedsgericht. An der Forderung eines Mindestgehalts von 350 M. pro Monat müsse unbedingt festgehalten werden. Die Bankbeamten würden weiter ausgeführt, durch das Verhalten der Regierung außerordentlich erregt. Haben doch Besprechungen zwischen den Bankleitungen und der Regierung stattgefunden, um gegebenenfalls den Widerstand der Angestellten durch Regierungstruppen niederzukämpfen. Trotzdem seien die Beamten sich einig, auch das letzte Mittel versucht zu lassen. Sie seien sich dessen bewußt, den Augenblick zur Niederwerfung des Kapitalismus nicht zu verpassen. Der gewaltige Beifall der Massen verriet einen Kampfesgeist der durch die Quertreibereien der Unternehmer durch Herausgabe von Flugblättern, Gründung von gelben Vereinigungen, nur noch gestärkt wird. Die Diskussionsredner Versammlungen traten fast sämtlich für Aufnahme und konsequente Durchführung des Kampfes ein. Ein Flugblatt des Vereins berichtet von der ungeheuren Vermehrung der Tantieme der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder und veröffentlicht eine Berechnung für die Direktion der Diskontogesellschaft, nach der die Direktoren in ein paar Stunden im Hotel Adlon die Beträge von 2897 M. auf Kosten der Gesellschaft verzehrten. Schließlich wurde gegen 1 Stimme folgende Resolution angenommen:

„Die in den Germania-Sälen zu vielen Tausenden versammelten Groß-Berliner Bankbeamten stehen entschlossen hinter ihrem Tarifvorschlage aufgestellten Forderungen. Sie geloben alle Kräften für diese Forderungen einzutreten und ihre Durchsetzung nötigenfalls mit allen Kampfmitteln zu erstreben."

Lohnbewegung der Schachtarbeiter.

Renitente Arbeitgeber sind die Unternehmer des Tiefbaues für Groß-Berlin. Sie wollen heute noch nicht die Gewerkschaften ihrer Angestellten anerkennen. Der Vorsitzende der Gruppe Berlin des Reichsverbandes für das deutsche Tiefbaugewerbe, Herr Regierungsbaumeister Dohmke, erklärte, daß der technischen Angestellten und Beamten nicht organisierten Vertreter der Schachtmeister anerkennen zu können. Er wandte sich aber an den hiesigen Schachtmeisterverein, mit dem er verhandeln wolle. Die Herren Arbeitgeber wollen mit einer derartig kleinen Vereinigung leicht fertig zu werden. Da sich aber die Mitglieder des Schachtmeistervereines dem Bund der technischen Angestellten und Beamten angeschlossen haben, so beauftragten sie neuerdings ihre Organisation, den Bund, die Verhandlungen aufzunehmen. In einer am Dienstag, 4½ Uhr, in Wollschlägers Vereinshaus tagenden, stark besuchten Versammlung der Schachtmeister wurde auf das schärfste das Verhalten des Arbeitgeberverbandes protestiert. Die Schachtmeister sind bereit, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für ihre Interessen einzutreten, um die Arbeitgeber zu Verhandlungen zu zwingen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme.

Lohnbewegung des Groß Berliner Lazarettpersonals.

Zwischen den in Groß-Berliner Lazaretten beschäftigten Sanitätswachtmeistern und Militärkrankenwärtern und dem Gouverneur von Berlin ist im April ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach das Personal zum 1. Mai auf Zivilvertrag übernommen wurde. Im Vertrag sind zwei Lohnklassen vorgesehen. Die erste setzt den Lohn auf 13,50 M., die zweite auf 16 M. fest. Bei der Einreihung des Personals in diese beiden Lohnklassen haben sich erhebliche Schwierigkeiten ergeben. Ihre Ursache haben dieselben in dem hartnäckigen Widerstand der leitenden alten aktiven Militärbeamten, die noch immer nicht begreifen können, daß die Zeit mit der bureaukratischen Verschleppungstaktik aufgehört hat. Die starke Unzufriedenheit des Lazarettpersonals wurde durch die Behandlung der Lohnregelung durch die in Frage kommenden Stellungnahmen der Lazarette, gab Anlaß zu einer Versammlung der Vertrauensleute der Arbeiterausschüsse Groß-Berliner Lazarette, die am Donnerstag im Garnison-Lazarett I Berlin stattfand. Der geschäftsführende Vorsitzende der Fünferkommission u. Bodemeyer leitete die Versammlung. Es wurde eine Kommission, bestehend aus 7 Mitgliedern gewählt, welche eine endgültige Lohnregelung vornehmen soll. Die Wahlen zum Arbeiterrat in die Wege leiten soll. Bedauert war die Abfahrt, die Genosse u. Bodemeyer dem anwesenden Vertreter des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes werden ließ, als derselbe unbedingten Gehorsam gegen die Vorgesetzten forderte: Genau so notwendig wie die alten Gewalten aus den staatlichen Betrieben hinaus müßten, müßten auch die gewerkschaftlichen Bureaus die alten verknöcherten Methoden heraus, eher wird eine gedeihliche Arbeit mit den Angestellten nicht möglich sein.

Anstatt sich zu verteidigen, entfernte sich der Gewerkschaftsbeamte, nachdem er einsah, daß er es nicht aufhalten konnte, daß Vorbereitungen zur Arbeiterratswahl getroffen werden könnten.

Achtung, Bauarbeiter!

Die in dem Fabrikbetrieb der N. A. G. in Oberschöneweide beschäftigten Maurer haben am 17. Juni wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes, Verein Berlin.

Landarbeiterstreiks werden uns aus der Mark gemeldet. In Oberswalde und Umgegend, in Nieder-Finow und anderen Orten haben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen mehr Lohn, Deputat, kürzere Arbeitszeit, bessere Wohnräume, Entschuldungssummen u. dergl. mehr. Verhandlungen sind schon angebahnt und sollen beschleunigt werden, weil die Arbeiten drängen. Es ist schlimm, daß die Arbeiter erst das letzte Mittel anwenden mußten, um ihre Arbeitsverhältnisse, die trotz der hohen Erzeugerpreise in landwirtschaftlichen Betrieben häufig noch jeder Beschreibung spotten, zu verbessern.

Obleute der Arbeiterausschüsse aus den Kauf-, Warenhäusern und Spezialgeschäften. Sitzung Freitag, abends 7 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße.

Bund der technischen Angestellten und Beamten — Fachgruppe der Kunstgewerbezeichner. Freitag, den 20. Juni, abends ½7 Uhr, im Berliner Klubhaus, Ohmstraße, Mitgliederversammlung. Gäste sind eingeladen.

Spandauer Staatsbetriebe. Freitag mittag 1 Uhr in den Germaniasälen, Chausseestraße, Versammlung sämtlicher Arbeiterräte, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Vertrauensleute. Dams, Eichler, Meyer.

Vertrauensleute der Hilfsangestellten des Magistrats Berlin. Freitag vorm. 11 Uhr Versammlung im Margarethen-Lyceum, Iffflandstraße. Bericht des Zehner-Ausschusses. Stellungnahme zur Finanzierung der Arbeiterräte.

Achtung! Post- und Telegraphenbeamte. Freitag, 4½ Uhr nachmittags, in der Brauerei Bötzow, Prenzlauer Allee 242, Protestversammlung der Post- und Telegraphenbeamten und Beamtinnen aller Dienstgrade. Tagesordnung: Forderung auf sofortige Gewährung der den Eisenbahnbeamten gezahlten Betriebszulage von 240 Mark. Zeitgemäße Erhöhung der monatlichen Teuerungsbeihilfen sowie Auszahlung einer Entschuldungssumme an die gesamte Postbeamtenschaft.

Groß-Berlin.

„Wahrheitsfimmel."

Stopft Euch nur Watte in die Ohren,
Und steckt die Köpfe in den Sand,
Verblendete und blöde Toren
Mit dem umnebelten Verstand! —
Noch niemals zeigte sich — beim Himmel! —
So nackt die Lüge, so infam;
Ihr prägt das Wort vom „Wahrheitsfimmel" —
Und Ihr errötet nicht vor Scham?

Auf Lüge ist das Wort gegründet,
Daß Ihr des Volkes Sache führt,
Und Lüge ist's, wenn Ihr verkündet:
„Der Sozialismus der marschiert".
Noch schöpft vom Arbeitsmarkt-Getümmel
Der Unternehmer ab den Rahm,
Noch herrscht der alte „Geldsack-Fimmel",
Und Ihr errötet nicht vor Scham? —

Auf Schwerter und auf Hellebarden
Wollt Eure Sicherheit Ihr bau'n,
Auf Bürgerwehr und Noske-Garden.
Nicht auf der Massen Zuvertrau'n!
Entschwinden wird dies Macht-Gewimmel
In finst're Nacht, — woher es kam,
Ihr flüht Euch auf den „Reichswehr-Fimmel",
Und Ihr errötet nicht vor Scham? —

Wir kannten Euch schon zur Genüge!
Doch schändet Ihr des Tages Licht
Wann Ihr als Schergen feiger Lüge
Der Wahrheit schreit ins Angesicht.
He, Kellner! Einen Doppelkümmel,
Weil uns der Ekel überkam
Vor Eurem frechen „Lügenfimmel", —
Und Ihr errötet nicht vor Scham? — —

Oya.

An unsere Leser!

Die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger hat sich veranlaßt gesehen, infolge erhöhter Herstellungskosten für Zeitungen den Preis für die Morgenausgaben im Straßenhandel von 10 auf 15 Pfennig zu erhöhen. Auch der Verlag der „Freiheit" ist aus denselben Gründen gezwungen, diese Erhöhung mit dem heutigen Tage eintreten zu lassen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß diese für das Fortbestehen unseres Blattes notwendige Maßnahme unserm Leserkreis keinen Abbruch tun wird.

Der Preis für die Abendausgabe bleibt nach wie vor 10 Pfennig für das Exemplar.

Redaktion und Verlag der „Freiheit".

Verbot einer Protestversammlung gegen Levinés Erschießung.

Unmittelbar nach der Erschießung Levinés berief der Bund Neues Vaterland mit 9 anderen Kulturvereinen zusammen eine Protestversammlung für den 11. Juni nach dem Sportpalast ein. Neben den beiden Verteidigern Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin und Graf Pestalozza-München (Zentrumspartei) wollten Graf Harry Keßler und Maximilian Harden Protest gegen die Erschießung Levinés einlegen. An der Aktion beteiligten sich der Bund für Mutterschutz, der Deutsche Monistenbund, die Zentralstelle Völkerrecht, die Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Berlins, die Freie Vereinigung für Recht und Sozialismus, der Frauenausschuß für dauernden Frieden und der Bund für Kulturpolitik. Bei der Anmeldung erhoben sich Schwierigkeiten. Polizeipräsidium, Abt. Lüttwitz und Oberkommando schoben sich gegenseitig die Verantwortlichkeit für die Entscheidung über die Genehmigung der Versammlung zu, bis zuletzt sowohl Polizeipräsidium als auch das Oberkommando die inzwischen auf den 18. Juni verschobene Versammlung „aus Gründen der öffentlichen Sicherheit" nicht zuließen. Aus dem Gang der Verhandlungen ging hervor, daß man besonders Anstoß nahm an der Person des Dr. Kurt Rosenfeld.

Bourgeoise Totenehrung.

Von zwei Zeugen, deren Namen und Adressen uns vorliegen, wird uns folgendes berichtet: Wir betraten vor einigen Tagen das Lokal „Architektenklause", Magazinstr. 17. Bei politischen Debatten, die wir dort führten, mischte sich auch der Besitzer dieses Lokals ein und erklärte während des Gespräches, bezugnehmend auf Rosa Luxemburg: „Die alte S.. hat genug angerichtet." Wir sind bereit, diesen Ausspruch vor Gericht zu bestätigen. Als klassenbewußte Arbeiter bitten wir alle mit uns fühlenden Genossen, ein Lokal zu meiden, dessen Besitzer unsere Toten in solch unerhörter Weise beschimpft.

Wir nehmen an, daß der Mann, der diesen gemeinen Ausdruck gegen die Tote gebraucht hat, in Unwissenheit über die großen Verdienste der Genossin Luxemburg war. Das entschuldigt ihn aber nicht, da man niemand beschuldigen darf, über dessen Person man nicht unterrichtet ist. Wir verstehen deshalb die Entrüstung der Genossen, die die beleidigenden Worte mit anhören mußten.

Achtung! Arbeitsräte Berlins und der Vororte!

Am Freitag, den 20. Juni, nachmittags 2 Uhr, findet eine Vollversammlung der Arbeitslosenräte im Dresdner Garten, Dresdner Str. 51, statt, zu der ein jeder unbedingt pünktlich erscheinen muß. Der Arbeiterrat der Arbeitslosen Berlin.

Soldatenräte und Vertrauensleute

der Restformationen und Lazarette, welche auf dem Boden der U. S. P. D. stehen, treffen sich zu einer Fraktionssitzung am Freitag, abends 5 Uhr, im Zimmer 5 des Vollzugsrats In den Zelten 23. Albrecht.

Die Lebensmittelteuerung in Berlin.

Der Magistrat an die Reichsregierung.

Der Berliner Magistrat hat an das Reichsministerium ein Telegramm gerichtet, in dem auf den unerträglichen Zustand in der Fleischversorgung Berlins hingewiesen wird. Groß-Berlin sei von inländischem Frischfleisch völlig entblößt. Das ausländische Gefrierfleisch, auf das Berlin angewiesen sei, ist drei- bis viermal so teuer als das inländische Fleisch. Dieser Zustand sei neben der Preiserhöhung für Kartoffeln und Milch vollständig unhaltbar. Der Magistrat ersucht um schleunige ernste Maßregeln, um die gesetzlich vorgeschriebene Pflichtlieferung von Vieh wieder in Gang zu bringen.

Wir können leider nicht die Hoffnung hegen, daß diese Regierung, der die Beseitigung der Zwangswirtschaft in der Lebensmittelversorgung nicht schnell genug vor sich geht, imstande ist, Wandel zu schaffen.

Mit 26 Jahren zu alt.

Noch immer halten Behörden an einem bestimmten Alter bei Einstellung von Personal fest. Vor uns liegt die Antwort, die ein Bewerber um eine Stelle bei der Berliner Feuerwehr erhalten hat. In dieser Antwort heißt es, daß die Einstellung bei der Berliner Feuerwehr nicht erfolgen kann, weil das höchst zulässige Einstellungsalter (26 Jahre) bereits weit überschritten sei. Es wird Zeit, daß dieser alte Zopf endlich abgeschnitten wird.

Raubmord in Döberitz.

Unter der Vorspiegelung, Lebensmittel besorgen zu können, lockte ein unbekannter Soldat am Freitag voriger Woche den Arbeiter und Soldat Stolt aus der Fennstraße 40 nach dem Truppenübungsplatz in Döberitz, um ihn zu erschießen und ihm seiner Barmittel in Höhe von 500 M. zu berauben. Auf die Ergreifung des Mörders ist eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt. Der Mörder ist etwa 20—24 Jahre alt, 1,65 Meter groß, hellblond und bartlos, hat ein frisches Gesicht, blau-graue Augen und spricht sächsische Mundart.

Ein Mord aus Rache hat der 26 Jahre alte Arbeiter Ernst Cieslack an der Köchin Gise Schwarz, die in der Gastwirtschaft von Schröder in Schildhorn beschäftigt war, verübt. Cieslack, der verheiratet ist, war bei den Notstandsarbeiten im Grunewald als Aufseher beschäftigt und lernte die Schwarz vor einiger Zeit kennen. Er besaß aber außerdem noch eine Geliebte, eine Frau Nikolaus, die er von früher her kannte, als er noch ledig war. Diese stachelte nun aus Eifersucht Cieslacks Frau auf. C. zog aber trotzdem mit der Schwarz zusammen und wohnte eine geitlang mit ihr in einem Hotel, bis er mittellos wurde und sich bei Frau Nikolaus darüber beklagte. Auf deren Zureden meldete er sich bei einem Freiwilligenkorps. Als die Schwarz, die mittlerweile nach Schlesien gereist war, wieder nach Berlin zurückgekehrt war, nahm Cieslack die Beziehungen zu ihr wieder auf, beschloß aber bald, sich ihrer ganz zu entledigen. Er fuhr mit ihr nach Römerschanze bei Potsdam und erschoß sie dort. Die Leiche fand man am 11. Mai, und sie wurde als unbekannt beerdigt, wobei es unklar blieb, ob es sich um einen Selbstmord oder ein Verbrechen handelte. Frau Nikolaus aber, die in das Verbrechen eingeweiht war, hielt nicht reinen Mund, und so kam die Kriminalpolizei auf die Spur. Nach vorgefundenen Briefen liegt eine Rachehandlung vor, zu der Frau Nikolaus ihren Geliebten angestiftet zu haben scheint. Cieslack wurde deshalb wegen Mordes, Frau Nikolaus wegen Anstiftung zum Morde gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Ein Attentat auf offener Straße erregte gestern vormittag in Neukölln großes Aufsehen. Der 52 Jahre alte Polizeihauptmann Hugo Schulz, der jetzt beim Kriegswucheramt beschäftigt ist, stand seit 11 Jahren in Beziehungen zu einer 48 Jahre alten Emmi Hasemann aus der Schiller-Promenade. Diese mochte wohl geglaubt haben, daß das Verhältnis zur Ehe führen werde. Als sie sich jetzt enttäuscht fand, lauerte sie gestern vormittag Schulz an der Ecke der Fontane- und Mahlower Straße auf und begoß ihn mit Salzsäure, die sie in einem Topfe mitgebracht hatte. Der Hauptmann wurde am Gesicht und am Oberkörper nicht unerheblich verletzt. Auch die Augen wurden in Mitleidenschaft gezogen. Um sich der Angreiferin zu erwehren, schlug er mit einem Stock auf sie ein und verwundete sie so schwer, daß sie nach dem Städtischen Krankenhause gebracht werden mußte. Während des Kampfes, der eine große Menschenmenge anlockte, hatte die Angreiferin auch noch einen Revolverschuß auf den Hauptmann abgefeuert, ohne ihn zu treffen. Sie wird deshalb wegen versuchten Mordes im Krankenhaus als Polizeigefangene gehalten.

Ein falscher Kriminalbeamter ist gestern auf dem Wedding aufgetreten. Bei einem Mann in der Amsterdamer Straße 20 erschien ein Zivilist mit einem feldgrauen im Mantel mit umgeschnallter Pistole. Der Zivilist gab sich für einen Kriminalbeamten aus und erklärte, daß er mit einer Durchsuchung der Wohnung beauftragt sei, weil der Mann im Verdacht stehe, falsches Geld ausgegeben zu haben. Der Beschuldigte ließ auch die Durchsuchung geschehen. Das Ergebnis war, daß die beiden 1900 Mark bares Geld „beschlagnahmten" und mit der Beute verschwanden. Der falsche Kriminalbeamte ist 50—55 Jahre alt, mittelgroß und dunkelblond, der Feldgraue 25—28 Jahre, ebenfalls mittelgroß und schwarz.

Wer ist der Tote? Unbekannt gestorben ist ein junger Mann, der am Mittwoch voriger Woche auf dem Spittelmarkt von einem vollbesetzten Kraftwagen überfahren und nach dem Krankenhaus am Urban gebracht wurde. Er erlag seinen Verletzungen, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Der Tote ist etwa 14—16 Jahre alt, mittelgroß und trug einen blau und grauen Jackettanzug und ein weißes Oberhemd. Bei sich hatte er einen Brief ohne Namensunterschrift, den seine Mutter aus Weyer an ihn richtete. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Zu erregten Auftritten kam es gestern vormittag auf dem Markt in Friedenau. Hier forderte ein Händler für ein Ei 1,60 Mk. Das darüber erregte Marktpublikum drohte dem Händler, daß ihm Eier und Kisten in Stücke geschlagen würde, wenn er mit dem Preise nicht heruntergehe. Polizeibeamte griffen ein, der Händler mußte die vollen Kisten aufladen und mit seinen Eiern schleunigst davonfahren.

Oberschöneweide. Die Ortsgruppe Ober- und Niederschöneweide des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen protestiert gegen die Aeußerungen von Gemeindevertretern der S. P. D., die Mitglieder des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen seien Stoßtrupps der U. S. P. D. Der Internationale Bund erklärt hiermit, daß er keiner Partei angeschlossen ist und nur die wirtschaftlichen Interessen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen vertritt.

Lichtenberg. Mieter, denen die Wohnung gekündigt ist oder die in der Miete gesteigert worden sind, können spätestens in einer Woche beim Mietsamt, Türrschmidtstr. 26, II, Einspruch erheben.

Arbeiter-Eltern-Bund. Freitag, 7 Uhr abends, in der Aula der 87/98. Gemeindeschule, Bromberger Straße, Eltern-Versammlung mit Vortrag des Genossen Abg. Adolf Hoffmann. Gäste und Interessenten sind eingeladen.

Das Rauchverbot in den Eisenbahnwagen wird, wie aus zahlreichen Beschwerden der Reisenden hervorgeht noch immer nicht genügend beachtet. Daher ist den Eisenbahnbeamten es nunmehr zur Pflicht gemacht worden, jede Uebertretung des Verbotes dem zuständigen Betriebsamt zur bahnpolizeilichen Bestrafung zur Anzeige zu bringen.

Mieterversammlung für den Norden. Donnerstag abend 7½ Uhr, Aula, Christianiastr. 4—6. Mieterbund.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, Bezirk Südost. Freitag abend 7 Uhr im „Reichenberger Hof", Reichenberger Straße 148, Bezirksversammlung. Die Auskunft und Beratungsstelle befindet sich Zeughofstr. 21 bei Jahnke jeden Donnerstag von 6—9 Uhr abends.

„Zentralstelle für Einigung", Ortsgruppe Karlshorst. Donnerstag abend 8 Uhr Lokal Kurzmann, Ecke Prinz-Heinrich-Straße—Wildensteiner Straße: Mitgliederversammlung.

Lebensmittelkalender.

Berlin. Vom Montag bis Donnerstag zwei Pfund Kartoffeln.

Pankow. Für diese Woche 125 Gramm amerikanische Schweinefleischprodukte auf Abschnitt S. 6 der Einfuhr-Zusatzkarte und gegen Vorzeigung der abgestempelten Fleischkarte.

Spandau. Am heutigen Donnerstag beginnt der Verkauf der den Geschäften gelieferten Graupen. Gegen Abtrennung von Feld 260 der Lebensmittelkarte 500 Gramm. Ab Freitag auf Butterabschnitt 3 der Speisefettkarte 70 Gramm Butter und auf Abschnitt 30 der Einfuhrzusatzkarte 50 Gramm Auslandsschmalz.

Britz. Auf Abschnitt 35 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte ½ Pfund Marmelade.

Tempelhof. Vom 20. Juni 1919 ab Kundenliste zum Bezuge von Kartoffeln. Eintragung bei den Händlern, die zum Handel mit Kartoffeln zugelassen, bis 20. Juni unter Vorlegung der Kartoffelkarte. In der Verkaufsstelle ist zugleich Abschnitt 9 der Lebensmittelkarte Berlin-Tempelhof abzutrennen. Selbsteinlagerer dürfen sich zur Kundenliste erst nach Ablauf der Zeit anmelden, bis zu der sie bei ordnungsmäßigem Verbrauch mit ihrem Vorrat reichen müssen und nach deren Ablauf sie wieder durch ihre Brotkommissionen Kartoffelkarten erhalten. — Ausländ. Schweinefleisch, 1 Pfund 11 Mk., auf Abschnitt 31 der Lebensmittelkarte Berlin-Tempelhof und Nr. 25 der Reichsfleischkarte.

Reinickendorf. Auf Abschnitt 21 der neuen braunen Eierkarte in den einschlägigen Geschäften ½ Pfund Heringe. Anmeldung nur noch heute. Für diejenigen Jugendlichen, welche vor kurzem mit Fett nicht beliefert werden konnten, ist ein kleiner Vorrat in der Verkaufsstelle Graf-Haeseler-Straße bereitgestellt. Soweit noch Bestände an dänischer Flaschenmilch vorhanden sind, können diese an alleinstehende Personen abgegeben werden. Für jede Person entfällt 1 Flasche zum Preise von 1,80 Mark. Ausweiskarte ist vorzulegen. Für Schwangere und für kränkliche Kinder kann gegen im Zimmer 24 auszufertigende Bezugsscheine Apfelmus in Dosen bezogen werden.

Velten. 200 Gramm Marmelade, 150 Gramm Auslandsmehl, 50 Gramm Inlandsmehl. Bei Getreidehändler Wilh. Karth, Bahnstraße, Geflügelbackfutter zum Preise von 33 Mk. für den Zentner.

Hennigsdorf. Freitag vormittag kommen in der Lebensmittelabteilung, Alte Schule, Zimmer 1, Stoffe, die zu Frauenmänteln, Ulstern und Joppen geeignet sind, zu billigen Preisen an Minderbemittelte zum Verkauf.

Johannisthal. Ab Freitag ½ Pfund Kunsthonig (451), 150 Gramm Gerstengrütze (37), ein Hering (452).

Morgen erscheint

Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.

Heft 8

Aus dem Inhalt:

Eine Denkschrift der Reichswehr über die Kämpfe mit der Arbeiterschaft (Mit zwei Aufmarschplänen)

Gedenkfeier in Moskau (2 Bilder)

Tolstoi: Gegen Todesstrafe und Weißen Schrecken

Trotzki — Leviné

Ernst Stern: Die Autos am 9. November.

Tolstoi: Der Teufel / Bilder, Karikaturen usw.

Preis 20 Pfennig.

Abonnement Mai/Juni M. 1.60
Juli/September „ 2.50

Nr. 1—7 können noch nachgeliefert werden.

Zu haben in allen Buchhandlungen, Zeitungsverkaufsstellen, Kiosken, Bahnhofsbuchhandlungen, sowie im Verlag, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

Aus den Organisationen.

Teltow-Beeskow.

Sonntag, den 22. Juni, vorm. 10 Uhr, findet im Berliner Gewerkschaftshaus, Saal I, die Generalversammlung des Kreiswahlvereins statt. Die Delegiertenkarten sind bereits den Orten zugegangen.

Vierter Kreis, 32. Abt. Freitag abend 7 Uhr in der Aula Rigaer Straße 8 Abteilungsversammlung.

Charlottenburg. Freitag, 20. Juni, abends ½8 Uhr, öffentliche Versammlung im Volkshaus, Rosinenstraße (großer Saal). — Referent Paul Wegmann: „Die politische Lage".

Neukölln. Freitag abend 6 Uhr Fraktionssitzung der U. S. P. Stadtverordneten im Rathaus, Zimmer 2.

Neukölln. Der 1. bis 6. Bezirk heute abend 7½ Uhr in der Aula Kaiser-Friedrich-Straße Viertelsversammlung. Stadtverordnetenbericht. — Der Aufklärungsabend des 1. Bezirks findet am Freitag, den 20. Juni, abends 7 Uhr, Klause, Kottbuser Damm, statt. Vortrag: Sozialismus und Kommunismus.

Wilmersdorf. Freitag abend 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Aula des Bismarck-Gymnasiums. Tagesordnung: 1. Lügenpropaganda und Gewaltfriede. 2. Parteiangelegenheiten. Genosse Dr. [illegible]

Adlershof. Donnerstag abend 7 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Berg, Bismarckstraße.

Spiel und Sport.

Der Turnverein Fichte veranstaltet Sonntag, den 22. Juni, nachmittags von 3—6 Uhr, ein großes Spiel- und Sportfest auf dem Spielplatz im Treptower Park. Aus dem reichhaltigen Programm heben wir hervor: Massenfreiübungen der Kinder, Männer und Frauen nach Musik. Freiübungen der [illegible], Stafetten- sowie Einzelwettläufe, Gesellschafts- und Parteispiele und humoristische Wettläufe der Kinder. Da der Spielplatz dem Verein vom Magistrat Berlin zur Verfügung gestellt ist, werden die Besucher des Parks höflichst gebeten, den Anordnungen der Ordner bereitwilligst nachzukommen und den Platz in der angegebenen Zeit nicht zu betreten.

Turnverein Fichte. Zum Vereins-Spiel- und Sportfest am nächsten Sonntag müssen die Abteilungen um ½2 Uhr auf dem Turnplatz Treptow pünktlich zur Stelle sein. Sonnabend abend 7 Uhr bei Werner, Seydelstr. 30, Ordnersitzung. Sämtliche Abteilungen müssen vertreten sein.

Der Arbeiter-Wassersport-Verband (die Zentralorganisation der Arbeiter-Schwimm-, Ruder- und Seglervereine) beschloß auf seinem Pfingsten abgehaltenen Verbandstag, ein Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Schwimmverbänden unter allen Umständen abzulehnen. Er erwartet von allen aufgeklärten Arbeitern, die sich zur Zeit noch in deren Vereinen befinden, daß sie denselben sofort den Rücken kehren, wenn sie die Vereine nicht zum Anschluß an den A.-W.-S. bewegen können. Von seinen Vereinen erwartet der Verbandstag, daß sie auf keinen Fall mit bürgerlichen Vereinen in eine organische Verbindung treten und aus bereits entstandenen Zweckverbänden, Ortsausschüssen usw. wieder ausscheiden. Die Geschäftsstelle des Arbeiter-Wassersport-Verbandes befindet sich Berlin-Neukölln, Hermannstr. 178.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Druck der Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck: Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Zahnpraxis Goldberg
Direkt am Bahnhof Alexanderplatz
Eingang Ecke Königsgraben
Sprechstunden 9—6 Uhr
Umarbeiten schlechtsitzender Gebisse innerh. 24 Std.
Reparaturen innerhalb 8 Stunden
Goldarbeiten erstklassig — Auffallend billige Preise

Zähne 3 Mark! 5.— Mark
mit echtem
Friedens-Kautschuk
schöne, natürliche Farbe bei 5 jähr. schriftlicher Garantie.
Zahnziehen mit örtlich. Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!
Spezialität: Zähne ohne Gaumen!
Echte Goldkronen von 30 Mark an.
Keine Luxuspreise.
Fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.
Zahnpraxis Hatvani Danziger Strasse 1
Ecke Schönhauser Allee, Eingang Danziger Straße.
Sprechstunden von 9—12, 2—7, Sonntags und Feiertags 9—12.
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Strasse 117 (a. d. Lützowstrasse)
Haut- und Harnarzt
bewährte, fachmännische Behandlung.
Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren) in den Sprechstunden von ½1—3 mittags, ½6—½10 abends, Sonntags ½11—1 Uhr (im verschlossenen Brief Mk. 1,20).

Garantiert reiner Tabak
Pfund 10 Mark
mit Verpackung jedes Quantum lieferbar. Versand nur gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages.
A. Schumacher, Cöln a. Rhein,
Trierer Strasse 57. Tel. A. 1971.

Grundstücke, Gebäude, Bodenerzeugnisse, Fabriken, Geschäfte jeder Art
[illegible] Wir vermitteln An- und Verkauf schnell unter sachgemäßer Prüfung und sorgfältiger, diskreter Bearbeitung.
Heimatscholle, Berlin C2
[illegible]

Heil-Anstalt „Löser"
Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz 9—1, 4—8.
Modernes Ambulatorium.
Licht- und Eisen-Institut. Inhalatorium. Gurgelkabinen. Elektrische und Medicinische Bäder. Institut für Diagnostik und Therapie.
Harn- und Blutuntersuchungen.

„MORTOL"
der **Mottenschutz** des kleinen Mannes
Ueberall erhältlich:
Julius Lewisson, Berlin N 24.

Vereinigung der Rechtsfreunde
Berlin N 24, Friedrichstr. 127, nahe Karlstraße
die Rechtsauskunftei d. großen Publikums!
Prozeßabteilung — Sprechzeit 9—8 Uhr.
Bisher gegen 120 000 Ratsuchende.

Kaufgesuche

Kupfer
sämtl. Metallabfälle, Quecksilber, Platin, Gold, Silberbruch, Zahngebisse kauft zu Fabrikpreisen
„Metallschmelze Cohn"
Brunnenstr. 11 Hof und Neukölln, Kais.-Friedr.-Str. 229 (nahe Hermannplatz).

Platin! Silber!
zu Original-Schmelzpreisen kauft
Metallschmelze Cohn,
Brunnenstr. 11 Hof und Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 229 (nahe Hermannplatz).

Messing
Quecksilber! Zinn! Sämtliche Metallabfälle! Platin! Gold! Silber! Zahngebisse! kauft zu Fabrikpreisen!
Metallschmelze Baruch
Fennstr. 48.

Quecksilber
Platin! Zahngebisse! Silber! Kupfer! etc., kauft zu Selbstverbrauch-Preisen
„Metallschmelze Baruch"
FENNSTRASSE 48

Boschzündkerzen. Kugellager, Autoteile, Werkzeuge, blanke Schrauben, neu, kauft Agentur Reinickendorf, Granatenstr. 1, III.

Platinankauf
Silberabfälle, Zahngebisse, Goldabfälle, Münzen kauft Frau E. Linke, Blücherstr. 40.

Platinankauf
Silberabfälle, Goldabfälle, Zahngebisse, Münzen kauft Frau Keuth, Zionskirchstr. 54 v. II.

Metalle, Akten, Zeitungen, Lumpen, Weinflaschen, kauft zu höchsten Tagespreisen Produkten-Großhandlung Neukölln, Richardstr. 9. Fernsprecher Neukölln 453.

Platinabfälle! Goldbruch, Silberbruch, Silberlote, Quecksilber, Zahngebisse, Kupferabfälle, Messingabfälle, Nickel, Aluminium, Zinn, Zink, Blei kauft Metalleinkaufs-Zentrale, Neanderstraße 15, Moritzplatz 667. Händler, Fabrikanten Engrospreise.

Metalle jeder Art zu höchsten Preisen kauft Zweig, Invalidenstraße 142, Telephon: Norden 9649.

Platinabfälle!! Zahngebisse! Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, Stanniolpapier, Kupfer, Messing, Zinn, Nickel, Aluminium, Zink, Blei, Glühstrumpfasche, höchstzahlend Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31 (Alexander 4243).

Genossen-Silberbruch, Quecksilber, Platin, Zahngebisse, Münzen, photographische Rückstände sowie alle anderen Metalle kauft zu Höchstpreis „Silberschmelze Heuduck", Köpenicker Str. 157.

Metallschmelze, Messing, Kupfer, Blei, Zinn, Platinabfälle, Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Münzen kauft Christmann, Reichenberger Str. 22. (Kottbuser Tor).

Metallabfälle, Silberbruch, Quecksilber, Zinn, Zinngeschirre, Spiralbohrer erw. Schmirgelleinen, kauft Herrmann, Kottbuser Damm 66.

Nickelin oder andere Widerstandsdrähte kauft Kuttner, Prenzlauer Allee 220.

Glimmer kauft Kuttner, Prenzlauer Allee 220.

Elektromotore kauft auch repariert Kuttner, Prenzlauer Allee 220. Kgsdt. 3492.

Kupferdrähte, Klingelleitung, Benzin, Messingblech kauft Kuttner, Prenzlauer Allee 220.

Leitungsdrähte, Litzen, Kabel, kauft jedes Quantum höchstzahlend Grossfeld, Kottbuser Str. 21. Mpl. 4016.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft [illegible] Schumann, Große Frankfurter Straße 111. Königstadt 9811.

Isolierte Kupferdrähte kauft Gramforst, Holzmarktstr. 17, Alexander 2473.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft Schumann, Andreasstraße 78, vorn II, am Schlesischen Bahnhof.

Elektrische Artikel, Kabel, Litzen, Leitungsdrähte, Motore kauft Weinsziehr, Große Frankfurter Straße 71.

Klavier
oder Flügel, eventuell Harmonium, kauft Schachtschneider, Buckower St. 14 III. Preisangebot erbeten.

Sektkorke
gebraucht, Stück 20 Pfg.,
Weinkorke
lange, Stück 4 Pfg., kauft Sparber, Zehdenicker Strasse 13 (am Rosenthaler Tor). Norden 4803.

Fahrraddecken Schläuche kauft. Zahle höchste Preise. Suchocki, Schönhauser Allee 70.

Leinölfirnis
Standöl, Lacke, Bleiweiß, Schellack usw. kaufen jeden Posten Gebrüder Borowski, Gneisenaustr. 5 (Hallesch. Tor) Nollendorf 2379.

Schellack und Leim, auch pfundweise, kauft E. Thau, Berlin, Wiclefstr. 28 I. Moabit 2952.

Zigaretten, Zigarren, Tabak jeden Posten kauft Zigarrenladen, Wallstr. 80.

Kaufe ständig Garn, allerlei, 12 000 m, Hemdenleinen, Futter, Schürzenstoffe, Säcke, Packleinewand. Schickler, Georgenkirchplatz 11.

Briefmarken aller Länder kft. Krüger, Lausitzer Str. 52.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer, nur neue, Schmirgelleinen jeden Posten kauft Henschel, Rostocker Straße 22, Moabit.

Spiralbohrer, neu, Schmirgelleinen, Schreibmaschinen jeden Posten kauft Zimmer, Moabit, Wittstocker Str. 19, Quergeb. I.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen kauft Frick, Reinickendorf, Sommerstr. 45, am Bahnh. Schönholz, Reinickendorf 3118.

Spiralbohrer! Gewindebohrer, Reibahlen, Feilen, Kluppen, Zangen, Winkel, Zirkel, Schraubstöcke, Schmirgelleinen, Meßwerkzeuge, nur neue usw. kauft gegen Kasse von 2—7 Uhr, Endler, Köpenicker Str. 98, Nähe Stadtbahn Jannowitzbrücke, Nähe Untergrundbahn Inselbrücke.

Schnellaufbohrer, neue, kauft laufend und zahlt höchste Preise. Stüber, Pankow, Westerlandstr. 15.

Kaufe dauernd **Spiralbohrer** aus Werkzeug- und Schnellstahl zyl. Mörser, Metrischem und Vierkantkonus, Centrierbohrer, Reibahlen, Gewindebohrer, Feilen, Sägeblätter. Zwick, Berlin NO 18, Landsberger Allee 115 II. (Telephon: Alex. 546.)

Spiralbohrer, Metalle, Quecksilber, Leitungsdrähte kauft laufend Klempnerei Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 7.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen usw. kauft dauernd jeden Posten zu allerhöchsten Preisen Pesenecker, Neue Königstraße 38, Hof links, am Alexanderplatz.

Spiralbohrer
(neue) aus Werkzeug und Schnellstahl (konisch) kauft laufend jeden Posten gegen Kasse Mangelsdorf, Gleimstraße 38 II. Fernruf Norden 10432. Geschäftszeit 2—7 Uhr.

Spiralbohrer
Werkzeuge, jeden Posten kauft Beschkaus, Hallenstr. 28.

Spiralbohrer aus Schnell- und Werkzeugstahl, konisch, nur neue kauft jeden Posten, 2—7 Uhr. Schade, Schivelbeiner Str. 36.

Spiralbohrer nur neue kauft jeden Posten. Schlickeiser, Lange Str. 13, Eingang Krautstr.

Schlosser-Handwerkzeuge und Maschinen jeder Art für Kraftbetrieb kauft Schneider, Brunnenstraße 11.

Verschiedenes

Achtung Wilmersdorf.
Die Spedition Dennecke, Gieselerstr. 25, wird vom 15. Juni ab nach der Augustastrasse 60, Ecke Hindenburgstr., verlegt.

Achtung!
Die **Spedition** Reck, Blankenburg ist zu SCHEER, Blankenburg, Bahnhofstr. 24a verlegt.

Achtung!
Die **Spedition** von Treptow ist verlegt von Plesserstr. 6 nach Plesserstr. 1, Laden.

Rechts- und Auskunftsbüro, polnische Uebersetzungen, Greeske, Landsberger Allee 7.

Rechtsrat! v. Horuner, Vorsteinstr. 11 ([illegible]) Beratung bei allen, auch amtlichen Gerichten, Ehescheidungs-, Alimenten-, Strafsachen! Gnadengesuche. Beste Erfolge: 6 Monate, 7 Wochen Gefängnis erlassen! Erfolgreiche Haftentlassungsgesuche. Viele Anerkennungen. Vorbereitung umsonst. Auch Sonntag vormittags.

Rechts-Auskunftei, Invalidenstraße 134. Strafsachen, Ehesachen, Alimentensachen, Rentensachen, Beobachtungen, Ermittelungen.

Detektivbureau, Beobachtungen, Ermittlungen, Ehescheidungen, Kreditauskünfte billigst. Adalbertstrasse 4

Ehescheidungen (auch im Armenrechte), Strafsachen, Alimentensachen, Prozeßführg. überall. Gesucht! Hervorragende Erfolge! Beobachtungen, Ermittlgn., Detektivtreffer! Rechtsschutz „Wahrheit", Direktor Mandus, Kottbuser Damm 65 (an der Urban-, Weser-, Kaiser-Friedrich-Str.), Neanderstraße 7, Adalbertstrasse 3, Grosse Frankfurter Strasse 10, Neukölln, Emser Strasse 89. (Auch Sonntags!)

Adalbertstr. 3
(Hausnummer beachten!) ist die Rechtsdetektei „Wahrheit". Ehescheidungen! Strafsachen! Rechtserfolge! Detektivtreffer!

Spezial-Arzt
Dr. Scotti
für Haut-, Harn- und Frauen-Leiden — Salvarsan-Kuren. Urin- und Blutuntersuchungen
in Heil-Anstalt Löser
Rosenthaler Str. 69—70
10—1, 5—8, Sonnt. 10—1
[illegible]

Haut- und Harnarzt
Dr. med. Haschè,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof
Spr. 10—11 u. 5—8, Sonnt. 11—1.
Erfolgreiche Behandlung.

Facharzt
für Haut-Harn-Frauenleiden. Salvarsankuren. — Blutuntersuchung. — Schnellste Befreiung v. ansteckenden Krankheiten der Harnorgane in Dr. Ritters Heilanstalt
Potsdamer Str. 27b
11-1, 5-7. Sonntag 11-1.

Facharzt
Dr. Meyenberg
für
Geschlechtsleiden
11—1 und 5—7 Uhr
Potsdamer Str. 27 b.

Zähne
von drei Mark an.
Zähne ohne Platte, Goldkronen, Brücken. Allerbilligste Berechnung in bester Ausführung. Reparaturen und Umarbeitung sofort. 19 jährige Fachtätigkeit.
Zahnpraxis Hempel,
nur Berlin C, Linienstraße 220, an der Rückerstr.
Wochentags 9-7, Sonntags 9-1.
Bitte Hausnummer zu beachten.

Hämorrhoiden
20000 Erfolge
BOKASAL
SAMARITER APOTHEKE
BERLIN, 35 [illegible]

Spezialarzt
Dr. med. [illegible]
Haut- und Harn[illegible] ... untersuchg. ... 11—1, 5—7 [illegible]

Elektrotechnik [illegible] liche Ausbildung ... durch Oberingenieur ... fach 8, Postamt [illegible]

Wohnung, [illegible] Badebaum u. [illegible] zu vermieten. [illegible]

Kaufe „Freiheit" [illegible] vollständige [illegible] Gründung. [illegible] Neukölln.

Inserate
für den [illegible] Tages[illegible] 4 Uhr [illegible] Uhr nach[illegible] Expedition [illegible] damm 19 [illegible]

Arbeitsmarkt

Parteisekretär [illegible]
Eisleben erfolgt [illegible] werbern besten [illegible]

Schuhmacher [illegible]
auf Herren- und [illegible] bei höchstem [illegible] außer dem Hause [illegible] Schuhgeschäft [illegible] Charlottenburg, [illegible] 117, Ecke [illegible]

Kriegsbeschädigte [illegible] finden leichte Arbeit [illegible] Verdienst. [illegible] straße 27-28.

Besseres [illegible] für leichte Arbeit [illegible] Renovierungsarbeiten [illegible] und Silberwaren [illegible] straße 80.

3 zuverl. Boten [illegible] werden sofort [illegible] Freiheit, Schiffbauerdamm [illegible]

1 zuverl. Bote [illegible] leichte Tät[illegible] Sternikker, [illegible] Königin-Elisabeth-[illegible]

Wickler
für Gleichstromanker sofort gesucht
ZIEHL-ABEGG-WERKE, Weissensee, [illegible]